

November 2010

WISO

Diskurs

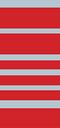
Expertisen und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Sozialstruktur Deutschlands

Aktuelle Entwicklungen und
theoretische Erklärungsmodelle



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts-
und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Sozialstruktur Deutschlands

Aktuelle Entwicklungen und
theoretische Erklärungsmodelle

Rainer Geißler

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Abbildungsverzeichnis	5
Teil 1: Aktuelle Entwicklungen der Sozialstruktur Deutschlands	6
1. Entwicklung von Wohlstand und Wohlstandsungleichheit: Stagnation und zunehmende Polarisierung	7
1.1 Methodische Vorbemerkung	7
1.2 Entwicklung der Einkommen – Stagnation und erneute Öffnung der West-Ost-Schere	7
1.3 Entwicklung der Einkommensungleichheit	8
1.3.1 Zunehmende Ungleichheit	8
1.3.2 Polarisierung in den Dezilen	9
1.3.3 Polarisierung zwischen Armen und Reichen bei schrumpfender Mitte	11
1.4 Entwicklung in der Ungleichheit der materiellen Versorgung – Polarisierung	13
1.5 Entwicklung der Vermögensungleichheit: zunehmende Ost-West-Unterschiede und Polarisierung	13
1.6 Zusammenfassung	14
2. Berufs- und Beschäftigungsstruktur	16
2.1 Fortsetzung der Tertiärisierung	16
2.2 Entstandardisierung und Prekarisierung	16
3. Entwicklungen der sozialen Mobilität	20
3.1 Einkommensmobilität im Lebenslauf – mehr Abstiege in der Mitte	20
3.2 Vertikale berufliche Mobilität zwischen den Generationen – Aufsteigergesellschaft West	22
3.3 Zusammenfassung	24

Dieses Gutachten wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

4. Subjektive Reaktionen auf die sozialstrukturellen Veränderungen	25
4.1 Subjektive Schichtestufung – keine schrumpfende Mitte	25
4.2 Die Ausbreitung von Ängsten und Unsicherheiten – auch in die gesellschaftliche Mitte hinein	26
4.3 Gefühle sozialer Gerechtigkeit – deutliche Abnahme	28
5. Die Entwicklung vom Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zum Einwanderungsland	30
6. Zusammenfassung	34
Teil 2: Modelle der Sozialstrukturanalyse und ihre Erklärungskraft	36
1. Klassen und Schichten	37
2. Soziale Lagen	42
3. Soziale Milieus	45
4. Exklusion – Inklusion	49
5. Zusammenfassung	51
Literaturverzeichnis	52
Der Autor	56

Vorbemerkung

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung verknüpft Analyse und Diskursgestaltung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit. Dabei streben wir eine Gesellschaft an, in der die Lebensqualität in Form von Wohlstand sowie gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe zwischen den Menschen angeglichen wird, gesichert ist und wächst. Als Leitbild dient uns das Modell der sozialen Demokratie und die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit.

Die Entwicklung einer gesellschaftlichen und politischen Strategie zur Erreichung dieser Zielsetzung setzt eine kritische Analyse des sozialen Wandels voraus. Auf der einen Seite finden abrupte, grundlegende Veränderungen statt, die ganze Gesellschaften tangieren. Der Zusammenbruch der DDR und der anschließende Vereinigungsprozess sind Beispiele für umfassende gesellschaftliche Umwälzungsprozesse in einer relativ kurzen Zeitspanne. Auf der anderen Seite gibt es langfristige, quasi unter der Hand verlaufende gesellschaftliche Veränderungen, die nur schwer erkennbar sind. Es stellt sich hierbei die Frage, was ist lediglich eine vorübergehende Mode und was ist bereits ein langfristiger Trend, der die Sozialisation der Menschen, ihre Art zu leben, zu arbeiten und zu denken beeinflusst.

Rainer Geißler analysiert in diesem Gutachten die Entwicklung der Sozialstruktur Deutschlands und stellt unterschiedliche wissenschaftliche Theorieansätze zur Erklärung der gesellschaftlichen Prozesse dar. Zentrale Ergebnisse

seiner Studie sind u. a. die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und die nach wie vor unterschiedlichen Lebensperspektiven in Ost- und Westdeutschland. Diese Entwicklungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen und als sozial ungerecht bezeichnet. Er favorisiert theoretische Erklärungsmodelle, die die soziale Ungleichheit und die ungleiche Verteilung von Lebenschancen und Ressourcen ins Zentrum der Analysen rücken. Das Gutachten präsentiert reichhaltiges Datenmaterial, das die sozialen Ungleichheiten und Spaltungen in unserer Gesellschaft aufzeigt.

Zwei weitere von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik herausgegebene Gutachten beleuchten den sozialen Wandel aus anderen Blickwinkeln. Frank Nullmeier kritisiert (neo-)liberale Menschen und Gesellschaftsbilder und leitet daraus Konsequenzen für ein neues Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ab. Serge Embacher fragt, wie demokratische Beteiligungsprozesse initiiert und solidarisches Denken und Handeln gefördert werden können und welche neuen Strategien für Parteien und Gewerkschaften erfolgversprechend sind.

Die drei Expertisen sollen die Diskussionen, wie in einer sozialen Demokratie soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden kann, anregen.

Günther Schultze

Referent der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ost-West-Wohlstandsschere: erneute Öffnung	8
Abbildung 2:	Nettoäquivalenzeinkommen nach Dezilen 1997 und 2007	10
Abbildung 3:	Dezil-Ratios (1997-2005 - 2007) – Polarisierung	10
Abbildung 4:	Polarisierung in Arm und Reich – schrumpfende Mittelschicht (1997-2007)	12
Abbildung 5:	Die Armutskluft öffnet sich und Reiche werden immer reicher	12
Abbildung 6:	Polarisierung – individuelle Nettovermögen 2002 und 2007	14
Abbildung 7:	Erwerbstätige nach Produktionssektoren (1800-2009)	17
Abbildung 8:	Erwerbsbevölkerung nach ihrer Stellung im Beruf 1882-2008	17
Abbildung 9:	Beschäftigungsverhältnisse 1992-2007	18
Abbildung 10:	Einkommensmobilität in Westdeutschland 1992-1995 und 2004-2007	21
Abbildung 11:	Einkommensmobilität in Ostdeutschland 1992-1995 und 2004-2007	22
Abbildung 12:	Vertikale Berufliche Mobilität zwischen den Generationen	23
Abbildung 13:	Subjektive Schichteinstufung	25
Abbildung 14:	Sorge vor Arbeitsplatzverlust nach Berufsklassen – Westdeutschland	27
Abbildung 15:	Sorge vor Arbeitsplatzverlust nach Berufsklassen – Ostdeutschland	27
Abbildung 16:	Unzufriedenheit mit Lebensstandard und Haushaltseinkommen	28
Abbildung 17:	„Große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation nach Einkommensschicht	29
Abbildung 18:	Migrationshintergrund der Bevölkerung 2005	31
Abbildung 19:	Menschen mit Migrationshintergrund – Woher kommen sie?	32
Abbildung 20:	Unterschichtung durch Migration in Deutschland (2009)	32
Abbildung 21:	Unterschichtung durch Migration im internationalen Vergleich (2006)	33
Abbildung 22:	Klassen – Schichten – Paradigma	38
Abbildung 23:	Klassenspezifischer Schulbesuch von 15-Jährigen im Jahr 2000	40
Abbildung 24:	Besuch des Gymnasiums nach Klasse und Leistung (15-Jährige in %)	41
Abbildung 25:	Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland 2006	43
Abbildung 26:	Sinus-Milieus 2009	46
Abbildung 27:	Agis-Milieus West 2000	47

Teil 1: Aktuelle Entwicklungen der Sozialstruktur Deutschlands

Im Folgenden werden wichtige neue empirisch belegte Trends in den objektiven Lebensbedingungen und in den subjektiven Reaktionen der Bevölkerung auf diese Entwicklungen dargestellt. Die objektiven Lebensbedingungen werden in drei Bereiche untergliedert: Kapitel 1 ist den materiellen Lebensbedingungen, zugespitzt auf die Entwicklung von Wohlstand und Wohlstandsungleichheit, gewidmet. Kapitel 2 untersucht den Wandel der Berufsstruktur und der Arbeitsbedingungen. Kapitel 3 analysiert die Veränderungen in der vertikalen sozialen Mobilität, in den Prozessen der individuellen Auf- und Abstiege innerhalb dieser Strukturen. Und Kapitel 4 skizziert subjektive Reaktionen auf diese Entwicklungen. Es wird danach gefragt, ob und wie sich die Selbsteinstufung in die vertikalen Strukturen, die sozialen Ängste und Unsicherheiten sowie das Gefühl der sozialen Gerechtigkeit verändert haben. Kapitel 5 ist schließlich einem Trend gewidmet, der in Politik und Öffentlichkeit erst mit großer Verspätung erkannt wurde – die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland.

1. Entwicklung von Wohlstand und Wohlstandsungleichheit: Stagnation und zunehmende Polarisierung

1.1 Methodische Vorbemerkung

Wohlstand hat sehr viele Facetten. Am besten werden diese gebündelt durch Einkommensindikatoren, und von diesen ist das Nettoäquivalenzeinkommen das aussagekräftigste. Dieses Kapitel beschränkt sich daher weitgehend auf die Entwicklung und Ungleichverteilung der Nettoäquivalenzeinkommen, ergänzt durch einen Abschnitt zum Nettoeigentum.

Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt die staatlichen Transfers sowie die Einsparungen durch das gemeinsame Wirtschaften mehrerer Personen in einem Haushalt bzw. einer Familie. Ausgangspunkt ist das im Haushalt zusammenfließende Bruttoeinkommen der Haushaltsmitglieder aus unselbstständiger Arbeit, selbstständiger Tätigkeit, Vermögen (Zinsen, Dividenden, Vermietungen u. ä.) sowie staatlichen Transfers in Form von Renten und Pensionen. Durch den Abzug der direkten Steuern sowie der Pflichtbeiträge und freiwilligen Beiträge zu Sozial- und Krankenversicherung wird das Bruttohaushaltseinkommen auf das verfügbare Nettohaushaltseinkommen reduziert. Die Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften werden mit einer sogenannten „Äquivalenzskala“ gemessen. Alleinstehenden bzw. den Bezugspersonen in Mehrpersonenhaushalten wird ein Gewicht von 1 zugeordnet, Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren werden nach der neuen OECD-Skala mit 0,5 und Kinder/Jugendliche unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Es wird also davon ausgegangen, dass ein Mehrbedarf von 50 Prozent bzw. 30 Prozent durch ältere bzw. jüngere Haushaltsmitglieder entsteht. Das Nettohaushaltseinkommen wird dann durch die Summe der gewichteten Perso-

nen geteilt. Die Äquivalenzskalen sind durchaus diskussionswürdig. Die ältere OECD-Skala ging von größeren Bedarfszuwächsen durch weitere Haushaltsmitglieder aus und versah weitere Personen ab 14 Jahren mit dem Faktor 0,7 (70 Prozent Mehrbedarf) und Kinder/Jugendliche unter 14 Jahren mit 0,5 (50 Prozent Mehrbedarf). Die Nettoäquivalenzeinkommen dieses Kapitels sind nach der neuen OECD-Skala bedarfsgewichtet.

1.2 Entwicklung der Einkommen – Stagnation und erneute Öffnung der West-Ost-Schere

Wenn man die Entwicklung der Nettoäquivalenzeinkommen gesamtdeutsch betrachtet, dann hat sich der Lebensstandard seit der deutschen Vereinigung nach einigem Auf und Ab nur geringfügig erhöht. Die Einkommen lagen 2007 mit 17.806 Euro um knapp fünf Prozent höher als 1991 mit 16.996 Euro. Das Jahrzehnt zwischen 1997 und 2007 lässt sich in zwei unterschiedliche gleich lange Phasen einteilen: Auf 5 Jahre Wohlstandsanstieg folgen 5 Jahre Wohlstandsrückgang bzw. Stagnation auf etwas niedrigerem Niveau. Einer Phase kontinuierlichen Wachstums um acht Prozent zwischen 1997 und 2002 (Hauser u. a. 2007: 76, 79) folgt eine Phase des Rückgangs. 2007 liegt der Median um 1,2 Prozent niedriger als im Jahr 2000 (SVR 2009: 313).

Bemerkenswert ist der unterschiedliche Verlauf in Ost und West. In Westdeutschland hat die Wohlstandsentwicklung seit der Vereinigung unter dem Strich stagniert. 2007 liegen die Nettoäquivalenzeinkommen lediglich um zwei Prozent höher als 1991. In den neuen Bundesländern

(einschl. ehemaliges Westberlin¹) sind sie zwar seit 1991 um 14 Prozent gestiegen, aber durch die überdurchschnittlich starken Einbrüche in den letzten Jahren hat sich die Ost-West-Wohlstandsschere, die eine wichtige Ursache für den Zusammenbruch der DDR war und in den neuen Ländern Unzufriedenheit mit dem Vereinigungsprozess auslöst, im letzten Jahrzehnt erneut geöffnet. Dem Hauptziel der deutschen Vereinigungspolitik – der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West – war man in den 1990er Jahren kontinuierlich näher gekommen, aber nach 1997 ist diese Annäherung nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern die verbliebene Ost-West-Wohlstandslücke hat sich erneut vergrößert.² Obwohl sich der rückläufige Trend zwischen 2005 und 2007 offensichtlich wieder umgekehrt hat, liegt das ostdeutsche Wohlstandsdefizit im Jahr 2007 mit 16 Prozent noch knapp unter dem Niveau von 1995 (Abbildung 1).

1.3 Entwicklung der Einkommensungleichheit

1.3.1 Zunehmende Ungleichheit

Der Gini-Koeffizient misst die Ungleichverteilung auf einem hochabstrakten Niveau und verdichtet die unüberschaubare Vielzahl der Ungleichheiten zu einer Messziffer, die theoretisch Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann. Je weiter er von 0 (Gleichverteilung) abweicht, umso größer ist die Ungleichheit. Nach einem leichten Rückgang zwischen 1994 und 1998 (Grabka/Frick 2008: 103) steigt er von 1998 kontinuierlich um gut ein Fünftel im Jahr 2005 an – von 0,261 auf 0,316 (Hauser u. a. 2007: 79) – und erreicht damit sein höchstes Niveau der letzten Jahrzehnte, auf dem er bis 2007 verbleibt (SVR 2009: 313).

Die sozialistische Nivellierungspolitik hatte die Wohlstandsunterschiede in Ostdeutschland

Abbildung 1:

Ost-West-Wohlstandsschere: erneute Öffnung

Median des Nettoäquivalenzeinkommens in Ostdeutschland in % des westdeutschen Medians

	Hauser u. a. 2007 ¹	SVR 2009 ²
1991		75,5
1995		84,4
1997	90,5	
2000	86,8	86,0
2005	84,5	82,1
2007		84,0

¹ Einkommen in Preisen von 2000

² Einkommen in Preisen von 2005

Quelle: berechnet nach Hauser u. a. 2007: 79; SVR 2009: 313 (Datenbasis: SOEP).

1 Wegen einer Verwaltungsreform lässt sich die frühere Teilung Berlins in Ost und West statistisch nicht mehr erfassen. Leider ist es in der offiziellen Statistik üblich geworden, das frühere Westberlin den neuen Bundesländern zuzuschlagen. Die Fehlerquelle wäre erheblich geringer, wenn das ehemalige Berlin-Ost unter die alten Bundesländer subsumiert worden wäre. Denn etwa 1,3 Millionen Ostberliner beeinflussen den Durchschnitt von knapp 68 Millionen Westdeutschen und Westberlinern so gut wie nicht, aber gut 2 Millionen Westberliner haben einen erheblichen Einfluss auf den Durchschnitt von etwa 14 Millionen Ostdeutschen und Ostberlinern. Die Ost-West-Unterschiede werden also durch die Zuordnung Westberlins zu den neuen Ländern deutlich unterschätzt.

auf einem niedrigen Niveau erheblich eingeebnet (Geißler 2010: 83). Diese Einebnung lebt auf einem höheren Niveau in einer abgeschwächten Form fort. In den 1990er Jahren nähert sich der Gini-Koeffizient leicht den westdeutschen Verhältnissen an. 1997 liegt er mit 0,224 bei 84 Prozent des Westniveaus von 0,268. Zwischen 1999 und 2005 steigt er dann in West und Ost in ähnlichen Verlaufskurven an und erreicht auch im Osten den höchsten Wert seit der deutschen Vereinigung. Mit 0,272 hat er 2005 den West-Wert von 1997 überschritten, dieser ist allerdings inzwischen auf 0,322 angestiegen, so dass die Ungleichheit im Osten weiterhin um 15 Prozent niedriger liegt als im Westen (Hauser u. a. 2007: 79).

1.3.2 Polarisierung in den Dezilen

Die Entwicklungen der Wohlstandsungleichheit wird anschaulicher, wenn man die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen auf Bevölkerungsdezile betrachtet oder die Bevölkerung nach Einkommengrenzen in verschiedene Gruppen mit höherem, mittlerem und niedrigerem Einkommen unterteilt. Diese Verfahren zeigen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Wohlstandspolarisierung im letzten Jahrzehnt. Für die Zeit zwischen 1997 und 2007 existiert dazu eine gute Datenbasis, deren Grundlage das Sozioökonomische Panel (SOEP) liefert (Hauser u. a. 2007: 79f. für die Jahre 1997 bis 2005 sowie SVR 2009: 316 für 2007). Drei Messvarianten – die Dezil-Prozente, die Dezil-Ratios und Dezil-Durchschnittseinkommen – verdeutlichen drei Facetten der Entwicklung.

Dezil-Prozente zeigen an, wie hoch die Prozentanteile der zehn Dezile am Gesamtvolumen der Nettoäquivalenzeinkommen sind. Die Entwicklungen verlaufen in West und Ost unterschiedlich. In den alten Ländern fallen die Zunahmen in den Extremen auf. Das reichste Dezil baut seinen Anteil kontinuierlich aus – zwischen 1997 und 2007 von 21,3 Prozent auf 24,0 Prozent. Die Reichen werden also immer reicher. Das ärmste Zehntel verfügt 1997 nur über 3,4 Prozent und verliert bis 2005 kontinuierlich weitere An-

teile, diese Verluste werden aber in den beiden Folgejahren kompensiert, so dass es 2007 mit 3,6 Prozent wieder knapp über dem Niveau von 1997 liegt. Eine Spreizung des Wohlstands zwischen den anderen Zehnteln ist nicht erkennbar (Einzelheiten in Abbildung 2).

Anders verläuft die Entwicklung in Ostdeutschland. Die Verteilung auf die Dezile ist etwas gleichmäßiger als im Westen. Zwischen 1997 und 2007 gehen die Anteile in den fünf unteren Dezilen zurück, während sie in den fünf oberen ansteigen, am stärksten im neunten Dezil. Es vollzieht sich also eine „nachholende Spreizung“, ohne dass dabei das westdeutsche Niveau erreicht wird (Einzelheiten in Abbildung 2).

Dezil-Ratios vergleichen die Abstände im Nettoäquivalenzeinkommen zwischen Reichen und Armen sowie die Abstände der beiden Extremgruppen zur Mitte. Die 90:10-Ratio stellt die Einkommen bei den Übergängen in das reichste (90 Prozent-Schwelle) und das ärmste Zehntel (10 Prozent-Schwelle) gegenüber, ermittelt also den Abstand zwischen Reichen und Armen. Die 90:50-Ratio vergleicht den Wert an der 90 Prozent-Schwelle mit dem Median (50 Prozent-Schwelle bzw. Bevölkerungsmitte), sie misst den Abstand zwischen Reichen und Mitte. Und die 50:10-Ratio konfrontiert den Median mit dem Einkommen an der 10 Prozent-Schwelle, sie macht den Abstand der Armen zur Mitte sichtbar. Hauser u. a. (2007: 77) diagnostizieren dabei eine „prägnante“ Spreizung der Einkommen zwischen 1997 und 2005, weil insbesondere der Abstand zwischen den beiden Extremen, die 90:10-Ratio um 27 Prozent auf das 4,1-Fache angestiegen ist und weil das ärmste Dezil gegenüber der Mitte um 16 Prozent zurückgefallen ist. Auch bei den Dezil-Ratios ist die Entwicklung in den beiden Folgejahren rückläufig. 2007 hat sich in Westdeutschland die Kluft zwischen den beiden Extremen auf das 3,55-Fache verringert, gegenüber 1997 hat sie sich um vier Prozent geöffnet. Und der Abstand des ersten Zehntels zur Mitte geht in etwa auf das Niveau von 1997 zurück. In Ostdeutschland ist die Spreizung weiterhin vorhanden, wenn auch

2 Zur Entwicklung der Nettoäquivalenzeinkommen in Ost und West gemessen mit dem arithmetischen Mittel vgl. SVR 2009: 112.

Abbildung 2:

Nettoäquivalenzeinkommen nach Dezilen 1997 und 2007 (in %)

	1997				2007			
	Deutsch-land	West	Ost	Index West=100	Deutsch-land	West	Ost	Index West=100
1. Dezil	3,5	3,4	4,1	121	3,6	3,6	4,1	114
2. Dezil	5,7	5,6	6,3	113	5,3	5,2	5,9	113
3. Dezil	6,8	6,7	7,4	110	6,3	6,3	7,0	111
4. Dezil	7,7	7,7	8,2	122	7,2	7,1	7,9	111
5. Dezil	8,6	8,5	8,9	105	8,2	8,1	8,9	110
6. Dezil	9,4	9,5	9,7	102	9,1	9,1	9,8	108
7. Dezil	10,6	10,7	10,5	98	10,3	10,3	10,7	104
8. Dezil	12,0	12,2	11,8	97	11,8	10,7	11,9	102
9. Dezil	14,3	14,2	13,5	95	14,2	14,2	14,1	99
10. Dezil	21,3	21,5	19,6	91	24,0	24,3	19,8	81

Quelle: zusammengestellt nach Hauser u. a. 2007: 80 (1997) und SVR 2009: 316 (2007).

Abbildung 3:

Dezil-Ratios (1997 - 2005 - 2007) – Polarisierung

	1997	2005	2007	Veränderung 1997 - 2007
90 : 10				
Deutschland	3,26	4,14	3,50	+7,4 %
West	3,40	4,21	3,55	+4,4 %
Ost	2,72	3,37	2,97	+9,2 %
90 : 50				
Deutschland	1,79	1,95	1,87	+4,5 %
West	1,81	1,97	1,88	+3,9 %
Ost	1,61	1,71	1,67	+3,7 %
50 : 10				
Deutschland	1,82	2,12	1,87	+2,7 %
West	1,88	2,14	1,89	+0,5 %
Ost	1,69	1,97	1,78	+5,2 %

Quelle: Hauser u. a. 1997: 79 (1997, 2005); SVR 2009: 316 (2007).

nicht mehr so prägnant wie zwei Jahre zuvor. Der Abstand zwischen den Extremen liegt 2007 noch um 9 Prozent höher als 1997, und der Rückstand des ärmsten Dezils zur Mitte hat in diesem Jahrzehnt um fünf Prozent zugenommen (Einzelheiten in Abbildung 3).

Reale Durchschnittseinkommen in den Dezilen werden bei Hauser u. a. (2007: 82ff.) analysiert. Ihre Entwicklung zwischen 1997 und 2005 macht eine weitere Facette der Polarisierung sichtbar. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass „knapp die Hälfte der Bevölkerung entweder nur gering oder überhaupt nicht mehr an der Steigerung des allgemeinen Wohlstands teilnimmt; untere Einkommensgruppen haben dabei sogar überdurchschnittlich an Einkommen verloren“ (S. 83). Leider liegen für die beiden Folgejahre keine entsprechenden Daten vor, so dass offen bleiben muss, ob die rückläufigen Entwicklungen nach 2005 bei den Dezil-Prozenten und Dezil-Ratios auch bei den realen Einkommen der Dezile zu beobachten sind.

1.3.3 Polarisierung zwischen Armen und Reichen bei schrumpfender Mitte

Auch die Gliederung der Bevölkerung nach dem Nettoäquivalenzeinkommen in Reiche (mehr als 200 Prozent des Medians), Wohlhabende (150 bis unter 200 Prozent), Mittelschicht (70 bis unter 150 Prozent), untere Prekäre (50 bis unter 70 Prozent) und Arme (weniger als 50 Prozent) zeigt die Wohlstandspolarisierung an. Im letzten Jahrzehnt zwischen 1997 und 2007 sind Reiche und insbesondere Arme, aber auch untere Prekäre immer zahlreicher geworden, während die Mittelschicht etwas geschrumpft ist.

In der Bundesrepublik der 1980er Jahre blieb der Umfang der fünf Schichten mit leichten Schwankungen um einen Prozentpunkt in etwa konstant. Seit 1997 zeigt sich eine deutliche Polarisierungstendenz. Arme und Reiche legen in ihrem Umfang jeweils um gut ein Viertel zu, der Anteil der Reichen steigt von 6,5 Prozent auf 8,2 Prozent und derjenige der Armen von 6,2 auf 7,9 Prozent. Auch der Umfang der unteren Prekären nimmt mit leichten Schwankungen von 12,0 auf 13,9 Prozent zu. Die Mittelschicht dage-

gen schrumpft um 4,7 Prozentpunkte von 64,0 auf 59,3 Prozent. Knapp vier Fünftel der Schrumpfung gehen auf sozialen Abstieg, auf Verarmung oder Prekarisierung zurück und nur gut ein Fünftel auf zunehmenden Wohlstand. Ein kleiner Teil der Mitte – etwa 6 Prozent ihres Umfangs – ist nach unten abgebröckelt (Einzelheiten in Abbildung 4).

Arme und Reiche sind immer zahlreicher geworden. Definiert man Armut nach der in der EU üblichen 60 Prozent-Grenze, d. h. Personen sind arm, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians beträgt, dann ist der Anteil der Armen in Deutschland zwischen 1998 und 2006 enorm angestiegen – in Westdeutschland um knapp die Hälfte von 12,1 Prozent auf 17,2 Prozent und in Ostdeutschland sogar um fast drei Viertel von 12,9 Prozent auf 22,3 Prozent (Hauser u.a. 2007: 117).

Sind Arme auch immer ärmer und Reiche immer reicher geworden, wie es die Mehrheit der Deutschen glaubt (Geißler 2010: 81)? Hat nicht nur die relative, sondern auch die absolute Polarisierung zugenommen? Darüber gibt Abbildung 5 Auskunft, in der das Fünf-Schichten-Modell zu einem Drei-Schichten-Modell komprimiert wurde. Es unterscheidet Ärmere (unter 70 Prozent des Medians), Mittelschicht (70 bis unter 150 Prozent) sowie Reichere (mehr als 150 Prozent) und ergänzt die Daten bis zum Jahr 2009. Danach sind Ärmere zwischen 1997 und 2008 ärmer geworden, dieser Trend wurde jedoch zwischen 2008 und 2009 umgekehrt, so dass ihr reales Nettoäquivalenzeinkommen 2009 etwas höher war als 1997.

Allerdings wird ein altbekannter Trend der letzten Jahrzehnte (Geißler 2010: 209) bestätigt. Die Armutskluft zwischen Ärmern und gesellschaftlicher Mitte hat sich weiter geöffnet, weil die monatlichen Realeinkommen der Mittelschicht zwischen 1997 und 2009 von 1.243 Euro auf 1.311 Euro gestiegen sind. Der Abstand der Ärmern zu den mittleren Einkommen hat sich in diesem Zeitraum um neun Prozent von 583 Euro auf 634 Euro erweitert. Und auch ein zweiter altbekannter Trend (Geißler 2010: 82) setzt sich fort: Reichere werden nicht nur immer zahlreicher, sondern gleichzeitig immer reicher: Ihr reales Nettoäquivalenzeinkommen stieg von 2.413 Euro im Jahr 1997 auf 2.672 Euro im Jahr

Abbildung 4:

Polarisierung in Arm und Reich – schrumpfende Mittelschicht (1997-2007)

	Arme	Prekäre	Mittelschicht	Wohlhabende	Reiche
	jeweils in %				
1997	6,2	12,0	64,0	11,4	6,5
2002	7,2	13,2	61,2	11,0	7,4
2007	7,9	13,9	59,3	10,7	8,2
Differenz 1997-2007	+1,7	+1,9	-4,7	-0,7	+1,7

Schichteneinteilung nach Nettoäquivalenzeinkommen

Arme	- weniger als 50 % des Medians
Prekäre	- 50 bis unter 70 %
Mittelschicht	- 70 bis unter 150 %
Wohlhabende	- 150 % bis unter 200 %
Reiche	- mehr als 200 %

Quelle: Die Daten wurden von Markus M. Grabka (DIW) zur Verfügung gestellt (Datenbasis: SOEP).

Abbildung 5:

Die Armutskluft öffnet sich und Reiche werden immer reicher

Nettoäquivalenzeinkommen in € (Preise von 2005)

	Ärmere	Mittelschicht	Reichere	Abstände	
				Ärmere Mittelschicht	Reichere Mittelschicht
1997	660	1.243	2.413	583	1.170
2002	664	1.279	2.669	616	1.389
2007	651	1.251	2.569	601	1.318
2009	677	1.311	2.672	634	1.360

Ärmere	- weniger als 70 % des Medians
Mittelschicht	- 70 % bis unter 150 %
Reichere	- mehr als 150 %

Quelle: Goebel/Gornig/Häußermann 2010: 5 (Datenbasis: SOEP).

2009 um elf Prozent an, sie setzen sich immer weiter von der Mitte nach oben ab.

In Ostdeutschland, wo die Wohlstandsgegensätze nach wie vor geringer ausgeprägt sind, haben sich die Einkommen stärker polarisiert als in Westdeutschland. Die Reicheren haben ihren Umfang und relativen Abstand zur Mitte nicht wesentlich verändert, aber die Ärmeren haben sich stärker ausgedehnt und weiter von der Mitte entfernt als im Westen (Goebel u. a. 2010: 7).

1.4 Entwicklung in der Ungleichheit der materiellen Versorgung – Polarisierung

In einer EU-Studie (Alber/Fliegner/Hemker 2010) wurden die Entwicklung der Einkommensarmut (<60 Prozent des Medians) und die Veränderungen in der materiellen Versorgung zwischen 2003 und 2007 untersucht. Die materielle Versorgung wurde mit einem Index – häufig wird er als Deprivationsindex bezeichnet – erhoben. Dieser misst die subjektiv wahrgenommenen Mängel in der Ausstattung mit Gütern des grundlegenden Bedarfs. In der EU-Studie wurde danach gefragt, ob man es sich leisten konnte, die Wohnung zu heizen, in den Urlaub zu fahren, abgenutzte Möbel zu ersetzen, neue Kleidung zu kaufen, einmal am Tag Fleisch zu essen sowie einmal im Monat Gäste zum Essen einzuladen. Darüber hinaus wurde ermittelt, wie gut man mit dem vorhandenen Einkommen zurechtkommt, ob man bei Miete oder Betriebskosten in Zahlungsverzug ist und ob innerhalb der letzten zwölf Monate mal das Geld ausgegangen ist, um Essen zu kaufen.

Deutschland gehört jeweils zu den Minderheiten der europäischen Gesellschaften, in denen die Einkommensarmut und die durchschnittlichen Mängel in der materiellen Versorgung zwischen 2003 und 2007 leicht zurückgegangen sind. Allerdings nahm die Ungleichheit in der materiellen Versorgung zwischen drei gleich großen Einkommensschichten zu. Lediglich in elf der 27 europäischen Länder ist die materielle Not im unteren Einkommensdrittel angestiegen. Dazu gehört auch Deutschland. Zusammen mit Zypern verzeichnet es die stärkste Zunahme. In den rei-

chen Gesellschaften ist die Kluft zwischen oberem und unterem Drittel in der Regel kleiner als in den armen. Deutschland bricht allerdings aus dieser Phalanx der Reichen aus. 2007 wird es beim Abstand in der materiellen Versorgung zwischen oberem und unterem Drittel nur von Rumänien, Polen und Lettland übertroffen (Alber/Fliegner/Hemker 2010: 10).

1.5 Entwicklung der Vermögensungleichheit: zunehmende Ost-West-Unterschiede und Polarisierung

Die Entwicklung und Verteilung der Vermögen sind ein weiterer wichtiger Wohlstandsindikator. Die besten Daten für eine neuere Trendanalyse liefert die Auswertung des Sozioökonomischen Panels der Jahre 2002 und 2007 zu den individuellen Nettovermögen der Bevölkerung ab 17 Jahren. Darunter werden Immobilien, Geldvermögen (Sparguthaben, Aktien, Pfandbriefe u. ä.), Betriebsvermögen, private Versicherungen und Sachvermögen (Gold, Schmuck u. ä.) abzüglich Schulden verstanden. Die Hauptkomponente ist dabei der Besitz selbstgenutzter Immobilien, er macht 2007 in Westdeutschland 38 Prozent und in Ostdeutschland sogar 74 Prozent des individuellen Nettovermögens aus.

Zwischen Ost und West bestehen erhebliche Unterschiede, die durch gegenläufige Entwicklungen zwischen 2002 und 2007 weiter vertieft wurden. Während die Nettovermögen der Westdeutschen in diesem Zeitraum von durchschnittlich rund 91.000 Euro auf 101.000 Euro pro Person angestiegen sind, sind sie in Ostdeutschland wegen der Marktwertverluste des selbstgenutzten Wohneigentums von ca. 34.000 Euro auf ca. 31.000 Euro gesunken (SVR 2009: 324). Die Ost-West-Schere hat sich nicht nur beim Einkommen, sondern auch beim Vermögen wieder weiter geöffnet. Insbesondere ältere Ostdeutsche über 65 Jahre weichen erheblich vom Durchschnitt ab, weil sie in der DDR kaum Vermögen bilden konnten und im vereinten Deutschland mit den Risiken von Arbeitslosigkeit und niedrigen Erwerbseinkommen leben mussten.

Die Vermögen sind erheblich ungleicher verteilt als die Einkommen. Während die untere Hälfte der Bevölkerung so gut wie kein Vermögen ansammeln konnte und das letzte Zehntel verschuldet ist, verfügt das reichste Zehntel über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens. Diese Ungleichverteilung hat sich zwischen 2002 und 2007 weiter verschärft: Das reiche Zehntel hat seinen Anteil um über drei Prozentpunkte steigern können, gleichzeitig ist das letzte Zehntel tiefer in die Verschuldung gerutscht (Abbildung 6). Die Hauptgewinner in den fünf Jahren waren die Selbstständigen; ihr Vermögen nahm – je nach Mitarbeiterzahl – zwischen 24.000 und 53.000 Euro zu. Dabei ist zu beachten, dass ein Teil ihres Vermögens der Altersvorsorge dient. Auch die Ruheständler konnten ihr Vermögen um 17.000 Euro

erhöhen. Verlierer waren die Arbeitslosen mit einem Rückgang um 7.000 Euro, gefolgt von den einfachen und mittleren Beamten (3.000 Euro weniger) und den Un- und Angelernten (1.500 Euro weniger) (Frick/Grabka 2009: 63).

1.6 Zusammenfassung

Die Wohlsstandsentwicklung hat in Westdeutschland seit der Vereinigung nach einigem Auf und Ab unter dem Strich stagniert. Die Wellenbewegung im letzten Jahrzehnt – zunächst Anstieg, dann Rückgang der Nettoäquivalenzeinkommen – verliefen in Ost und West unterschiedlich mit problematischen Folgen für die soziale Vereinigung: Die Ost-West-Wohlsstandslücke, die in den

Abbildung 6:

Polarisierung – individuelle Nettovermögen 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in %
Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.



Quelle: Frick/Grabka 2009: 59 (Datenbasis: SOEP).

1990er Jahren nach und nach verkleinert worden war, hat sich wieder geöffnet. Das ostdeutsche Wohlstandsdefizit ist im Jahr 2007 größer als 1995. Der nach der Vereinigung ins Auge gefasste Aufholprozess in den neuen Ländern ist nicht nur ins Stocken geraten, sondern auch phasenweise rückläufig.

Verschiedene Indikatoren belegen eine zunehmende Ungleichheit und Polarisierung des Wohlstands im letzten Jahrzehnt. Der Gini-Koeffizient der Nettoäquivalenzeinkommen ist seit 2005 auf dem höchsten Niveau der letzten Jahrzehnte. Andere Indikatoren zeigen an, dass die Reichen immer zahlreicher und reicher geworden sind; sie setzen sich zunehmend von der gesellschaftlichen Mitte und von den Armen ab. Auch der Anteil der Armen hat zugenommen. Arme werden nicht immer ärmer, aber die Armutskluft – der Einkommensabstand zur Mitte – hat sich weiter geöffnet. Die Mitte der Gesellschaft ist etwas geschrumpft und dabei mehr nach unten abgebröckelt als nach oben aufgestiegen. Auch die wahrgenommenen Unterschiede zwischen oberen und unteren Einkommenschichten in der Versorgung mit den Gütern des grundlegenden Bedarfs sind größer geworden.

In Ostdeutschland haben Ungleichheit und Polarisierung stärker zugenommen als im Westen. Dieser Prozess vollzieht sich allerdings von einem niedrigeren Ungleichheitsniveau aus, weil Wohlstandsungleichheiten in der DDR erheblich eingeebnet worden waren. Er stellt sich also als eine „nachholende Spreizung“ der Wohlstandsunterschiede dar. Dabei ist die Umschichtung nach oben etwas gebremst worden, während der Anteil der Armen stärker zugenommen hat als in Westdeutschland. Auch die Kluft zwischen Armen und sozialer Mitte hat sich stärker geöffnet als im Westen, liegt aber weiterhin unter dem Westniveau.

Während die individuellen Nettovermögen im Westen zwischen 2002 und 2007 deutlich gestiegen sind, haben die Ostdeutschen wegen der Wertebüßen im Immobilienmarkt Verluste hinnehmen müssen. Auch in diesem Bereich hat sich die Ost-West-Wohlstandslücke wieder weiter geöffnet. Die Vermögensungleichheit aller Deutschen hat sich in diesem Zeitraum in den Extremen weiter polarisiert. Das reichste Zehntel hat seinen Anteil am Gesamtvermögen erhöht, während im ärmsten Zehntel die Schulden gewachsen sind.

2. Berufs- und Beschäftigungsstruktur

Die Entwicklung der Berufs- und Beschäftigungsstruktur wird durch zwei wichtige Trends gekennzeichnet:

- durch die Fortsetzung des seit Jahrzehnten andauernden Prozesses der Tertiärisierung;
- durch die Entstandardisierung der Beschäftigungsverhältnisse seit etwa einhalb Jahrzehnten, die mit einer zunehmenden Prekarität der Arbeit und einer dadurch bedingten zunehmenden Spaltung in „gute“ und „schlechte“ Arbeit einhergeht.

2.1 Fortsetzung der Tertiärisierung

Das Konzept der Tertiärisierung erfasst die zunehmende Verlagerung des Schwerpunktes von Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit zugunsten von Dienstleistungen im tertiären Sektor und zu Lasten der Produktverarbeitung im sekundären Sektor und der Produktgewinnung im primären Sektor. Seit drei Jahrzehnten ist in Westdeutschland die Mehrheit der Erwerbstätigen im tertiären Sektor beschäftigt. Die Bundesrepublik ist seitdem eine industrielle Dienstleistungsgesellschaft. Der Zusatz „industriell“ weist darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor produktionsbezogene Dienste erbringt, die zur Planung und Durchführung der Produktion und zur Verteilung der produzierten Güter erforderlich sind. Nach der Vereinigung hat sich das Wachstum des tertiären Sektors zu Lasten des sekundären Sektors und des bereits stark geschrumpften primären Sektors fortgesetzt. Die erhebliche Tertiärisierungslücke der DDR – diese hinkte um ca. 25 Jahre hinter der Bundesrepublik her – wurde quasi über Nacht beseitigt. Im Zuge der schmerzlichen Krisen der ostdeutschen Industrie und Landwirtschaft wurde eine Entwick-

lung, die in Westdeutschland 25 Jahre gedauert hatte, innerhalb von drei Jahren nachgeholt (Geißler 2010: 165, 183). 2009 sind in Deutschland 73 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, 25 Prozent in Industrie und Handwerk einschließlich Baugewerbe und Bergbau und nur noch 2,2 Prozent in der Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigt (Abbildung 7). Die Anteile in Ost und West sind nahezu identisch.

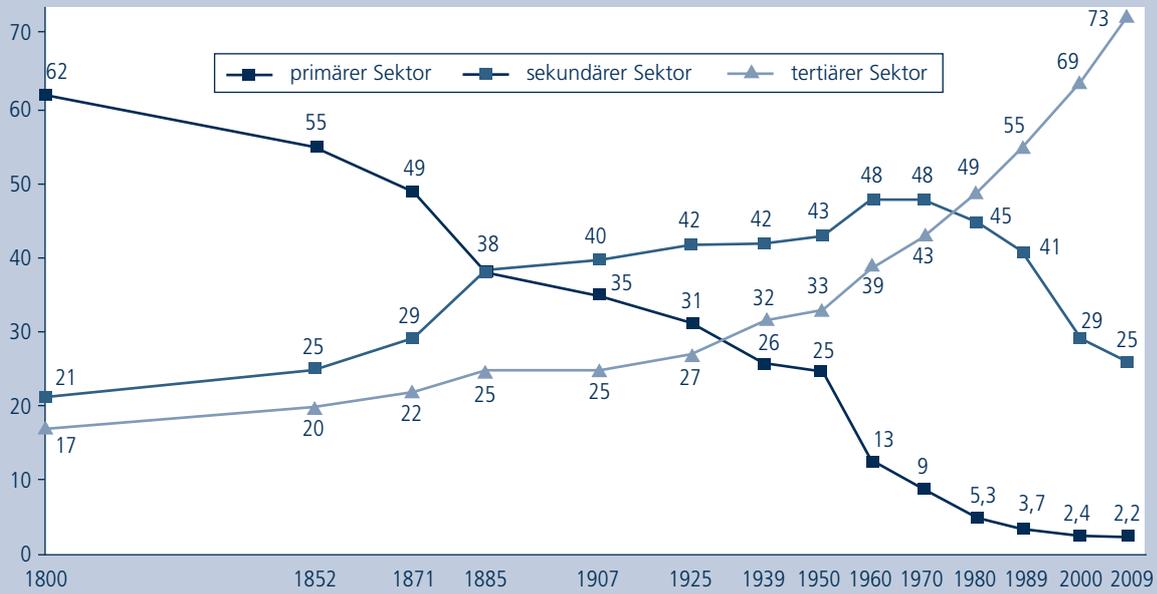
Die Tertiärisierung spiegelt sich in entsprechenden Verschiebungen innerhalb der drei groben Berufsgruppen Arbeiter, Dienstleister und Selbstständige wider. In den beiden letzten Jahrzehnten ging der Anteil der Arbeiter von 37 Prozent im Jahr 1990 um mehr als ein Viertel auf 27 Prozent im Jahr 2008 zurück, während der Anteil der Dienstleister von 52 Prozent auf 61 Prozent anstieg. Das starke Zusammenschrumpfen der Selbstständigen in den Nachkriegsjahrzehnten, dem ein großer Teil Familienbetriebe, insbesondere in der Landwirtschaft, zum Opfer fiel, ist seit 1980 beendet. Der Anteil der Selbstständigen unter den Erwerbstätigen blieb stabil und stieg in den beiden letzten Jahrzehnten sogar wieder etwas von neun auf elf Prozent an (Abbildung 8).

2.2 Entstandardisierung und Prekarisierung

In den letzten Jahren hat der Anteil der Erwerbstätigen an der sogenannten erwerbsfähigen Bevölkerung (15-64 Jahre) zugenommen. Ende 2008 wurde in Deutschland mit mehr als 40 Millionen Erwerbstätigen ein historischer Höchststand erreicht. Insbesondere Frauen und Ältere gehen häufiger bzw. länger einer bezahlten Berufstätigkeit nach.

Abbildung 7:

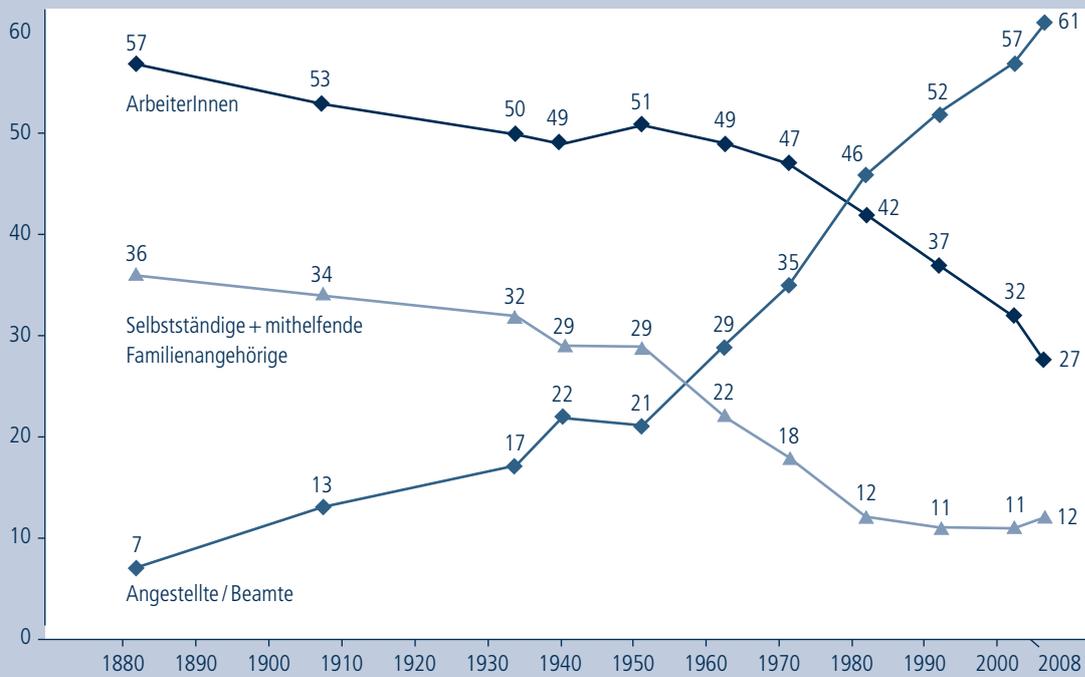
Erwerbstätige nach Produktionssektoren (1800-2009)



Quelle: Zusammengestellt und teilweise berechnet nach Kocka/Ritter 1978-82, I 52f., II 66ff., III 54.; StatJb 1962, 142; 1976, 149; 1990, 20; StBA.

Abbildung 8:

Erwerbsbevölkerung¹ nach ihrer Stellung im Beruf 1882-2008



¹ bis 1981 Erwerbspersonen, ab 1970 Erwerbstätige (Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Arbeitslose)
1882-1933 Deutsches Reich, 1950-1990 Westdeutschland, nach 1990 Gesamtdeutschland

Quelle: StatJb 1967, 1971, 1981, 1991, 1992, 2001 (bis 2000); StBA (2008).

Allerdings geht mit dieser Entwicklung eine Entstandardisierung der Beschäftigungsverhältnisse einher (Abbildung 9). Der Anteil der Erwerbstätigen im Normalarbeitsverhältnis – vollbeschäftigt, unbefristet und tariflich geregelt – ist zwischen 1992 und 2007 kontinuierlich um knapp ein Fünftel zurückgegangen (vgl. auch Klös/Enste 2008: 41). Zugenommen haben Teilzeitarbeit sowie die prekären Arbeitsverhältnisse. 2008 liegt der Anteil der unbefristeten Teilzeitbeschäftigten um mehr als die Hälfte höher als 1992. Kontinuierlich angestiegen sind insbesondere die Anteile von Beschäftigten an prekären Arbeitsplätzen – der kurzfristigen und häufig schlecht bezahlten Minijobber sowie der Leiharbeiter (Abbildung 9). Die Anteile der Minijobs haben sich zwischen 1992 und 2007 verfünffacht. Entstanden sind sie besonders häufig im unteren Dienstleistungsbereich (Eichhorst u.a. 2009: 9). Die Leiharbeit ist ein relativ neues Phänomen; 2007 arbeiten knapp drei Prozent der

Erwerbstätigen als Leih- bzw. Zeitarbeiter. Die Entstandardisierung und Prekarisierung im Beschäftigungssystem mit der Zunahme von Minijobs und Zeitarbeit dürften mitverantwortlich sein für die in Kapitel 1 skizzierte Ausdehnung der Niedrigeinkommen.

Betroffen sind vor allem Arbeitnehmer mit niedrigen Qualifikationen. Aber auch Personen mit mittleren oder höheren Qualifikationen sind in Mitleidenschaft gezogen. So gehören Teile der Universitätsabsolventen zum „akademischen Prekariat“, das auf befristete Arbeitsverträge und freie Mitarbeit angewiesen ist. Sie stellten in Westdeutschland 1999 bei unsicheren Beschäftigungsverhältnissen die zweitgrößte Risikogruppe, in Ostdeutschland sogar die größte (Hradil/Schmidt 2007: 210). Geringqualifizierte müssen auch am häufigsten Leiharbeit verrichten. Nach dem Mikrozensus 2006 sind jedoch auch unter den Hochschulabsolventen 6 Prozent als Leiharbeiter beschäftigt (BpB o.J.).

Abbildung 9:

Beschäftigungsverhältnisse 1992-2007

in % der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-64 Jahre)

	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2007
Inaktiv	25	25	24	25	25	24	23	22	21
Ausbildung	4	3	3	3	3	4	4	5	4
Selbstständige	6	6	7	6	7	6	7	7	7
Vollzeit unbefristet	45	43	42	41	41	40	38	37	38
Teilzeit unbefristet	7	7	8	8	9	10	10	10	11
befristet	5	5	4	4	5	4	4	4	5
Leiharbeit	-	-	-	-	-	1	2	2	2
geringfügig	1	2	2	2	3	4	4	4	5
arbeitslos	7	10	10	10	7	8	9	9	8

Quelle: Zusammengestellt nach Daten bei Eichhorst/Marx/Thode 2009: 8.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes kommt den Flexibilitätsbedürfnissen des globalisierten Arbeitsmarktes entgegen und wird durch den Umbau des „versorgenden“ zum „aktivierenden“ Sozialstaats, z.B. durch die „Agenda 2010“ und die „Hartz-Gesetze“, begünstigt. Die niedrigen Lohngruppen der Geringqualifizierten geraten auf dem globalisierten Arbeitsmarkt in der Konkurrenz mit billigen Arbeitskräften in anderen Ländern unter Druck. Die Auswirkungen

dieser Vorgänge auf die Sozialstruktur widersprechen der EU-Leitlinie der „Flexicurity“. Diese hat einen angemessenen Ausgleich zwischen Arbeitsmarktdynamik und sozialer Sicherheit zum Ziel. Die Prekarisierung der Arbeit leistet stattdessen einen Beitrag zur zunehmenden Spaltung des Arbeitsmarktes in „gute“ und „schlechte“ Arbeitsplätze. Die Lasten der Flexibilisierung haben dabei insbesondere die bereits benachteiligten Gruppen zu tragen.

3. Entwicklungen der sozialen Mobilität

Der Begriff der sozialen Mobilität bezieht sich auf die Bewegungen von Personen im vielfältigen Positionsgefüge der Sozialstruktur. Dabei wird u.a. zwischen den Positionswechseln im individuellen Lebenslauf (intragenerationale Mobilität) und den Positionswechseln zwischen den Generationen (intergenerationale Mobilität) unterschieden. In diesem Kapitel werden ausgewählte Aspekte der Veränderungen bei der Einkommensmobilität im Lebenslauf sowie bei der beruflichen Mobilität zwischen den Generationen vorgestellt.

3.1 Einkommensmobilität im Lebenslauf – mehr Abstiege in der Mitte

Als Einkommensmobilität bezeichnet man die Bewegung von Individuen zwischen relativen Einkommenschichten innerhalb bestimmter Zeiträume. Im Folgenden wird die Mobilität zwischen sieben Einkommenschichten in den 3-Jahres-Zeiträumen 1992–1995 bzw. 1993–1996 mit der Mobilität in den Jahren 2003–2006 bzw. 2004–2007 verglichen. Damit lässt sich zeigen, wie sich die Chancen auf eine Verbesserung der relativen Einkommensposition (Aufstiege) und die Risiken einer Verschlechterung der relativen Einkommensposition (Abstiege) zwischen der Mitte der 1990er Jahre und der Mitte der 2000er Jahre entwickelt haben.

In Westdeutschland zeichnet sich das folgende Bild ab (Abbildung 10): Die Verbleibequoten haben sich in den Extrembereichen erhöht. In den 1990er Jahren konnten sich noch 60 Prozent der Betroffenen innerhalb von drei Jahren aus strenger Armut (<50 Prozent des Medians) befreien, ein Jahrzehnt später sind es nur noch gut die Hälfte (53 Prozent). Auch die Situation der unteren Prekären (50-80 Prozent) hat sich ver-

schlechtert; ihre Verbleibequoten sind größer geworden und Aufstiege finden seltener, Abstiege häufiger statt. Dennoch sind ihre Aufstiegschancen noch zweieinhalb Mal größer als die Abstiegsgefahren. Am oberen Rand der Einkommenshierarchie schaffen es heute 69 Prozent der Reichen (>200 Prozent), ihre privilegierte Position zu sichern im Vergleich zu 59 Prozent in den 1990er Jahre. Und auch die Situation der Wohlhabenden (150-200 Prozent) hat sich durch verbesserte Aufstiegschancen ins Positive gewendet. Ihre Verbleibequoten haben sich verringert, weil der Anteil der Aufstiege ganz nach oben um drei Viertel größer geworden ist. Die drei mittleren Gruppen zeichnen sich durch eine Zunahme der Abstiegsgefahren aus, in der mittleren und oberen Mitte sind gleichzeitig die Aufstiegschancen zurückgegangen.

Insgesamt spiegelt sich die in Kapitel 1 skizzierte Polarisierungstendenz auch in der Veränderungen der Einkommensmobilität wider. Die Gewinner der Entwicklung sind die Reichen und die Wohlhabenden. Die Reichen haben die Absicherung ihrer Privilegien verbessert und die Wohlhabenden haben ihre Aufstiegschancen erhöht. Verloren haben insbesondere die Armen und unteren Prekären. Größere Teile beider Gruppen müssen länger in diesen defizitären Soziallagen leben, und die Abstiege in die strenge Armut sind häufiger geworden. Auch in den drei mittleren Gruppen hat sich die Situation etwas verschlechtert. Die Risiken des sozialen Abstiegs sind etwas größer geworden und in der mittleren und oberen Mitte sind gleichzeitig die Chancen auf eine Verbesserung des Lebensstandards etwas gesunken.

Die Verfestigungen am unteren und oberen Rand der Einkommenshierarchie sowie die Zunahme der Abwärtsmobilität in der Mitte wird durch Mobilitätsanalysen mit größeren Modellen

Abbildung 10:

Einkommensmobilität in Westdeutschland 1992-1995 und 2004-2007 (in %)

Einkommen in % des Medians im Ausgangsjahr		1992-1995	2004-2007	Bevölkerungsanteil 1992	Bevölkerungsanteil 2004
< 50	Verbleib Aufstieg	40 (49)	47 (46)	6 %	8 %
50 - < 80	Abstieg Verbleib Aufstieg	10 53 37	12 57 31	24 %	22 %
80 - < 100	Abstieg Verbleib Aufstieg	25 42 32	31 34 34	20 %	20 %
100 - < 120	Abstieg Verbleib Aufstieg	34 34 32	39 34 28	18 %	16 %
120 - < 150	Abstieg Verbleib Aufstieg	34 39 26	36 42 23	15 %	15 %
150 - < 200	Abstieg Verbleib Aufstieg	39 47 12	39 39 21	11 %	11 %
> 200	Abstieg Verbleib	(36) 59	(21) 69	6 %	8 %

() ungenau wegen kleiner Fallzahlen

Quelle: Berechnet und zusammengestellt nach Daten in SVR 2009: 319 (Datenbasis: SOEP).

der Einkommensschichtung – mit einem 3-Schichten-Modell (Grabka/Frick 2008: 103 ff.) und mit dem Quintil-Modell (Goebel/Habich/Krause 2008: 170 f.) – für Gesamtdeutschland bestätigt.

Die ostdeutschen Muster der Einkommensmobilität weichen in einigen Punkten von den westdeutschen ab (Abbildung 11). Die Positionen in den Extremen sind weniger stabil, strenge Armut und Reichtum sind nicht so stark verfestigt wie im Westen. Zwei Drittel der Armen haben sich nach drei Jahren aus dieser Notlage befreien können, und auch die Verbleiberaten im unteren Prekariat sind niedriger, weil die Aufstiegschancen besser sind als im Westen. Aufstiege aus dem unteren Prekariat sind zwar heute etwas seltener als im vorigen Jahrzehnt, aber sie kommen noch

dreieinhalb Mal häufiger vor als Abstiege in die strenge Armut.

Der obere Rand ist ebenfalls dynamischer als im Westen. Die Verbleibquoten in der Gruppe der Reichen haben sich erhöht, dennoch ist gut die Hälfte innerhalb von drei Jahren wieder abgestiegen. Auch unter den Wohlhabenden ist der Anteil derjenigen, die ihren guten Lebensstandard halten können, größer geworden, aber ihre Aufstiegschancen nach ganz oben haben sich – anders als im Westen – nicht verbessert. Auf einen Aufstieg kommen fast vier Abstiege. Die drei mittleren Gruppen sind ebenfalls etwas stabiler geworden. Obwohl auch hier – so wie im Westen – die Risiken eines sozialen Abstiegs etwas größer geworden sind, liegen sie – mit Ausnahme der

Abbildung 11:

Einkommensmobilität in Ostdeutschland 1992- 1995 und 2004-2007 (in %)

Einkommen in % des Medians im Ausgangsjahr		1992 - 1995	2004 - 2007	Bevölkerungsanteil 1992	Bevölkerungsanteil 2004
< 50	Verbleib Aufstieg	(-) (-)	35 65	4 %	6 %
50 - < 80	Abstieg Verbleib Aufstieg	4* 51 40*	10 51 34*	21 %	23 %
80 - < 100	Abstieg Verbleib Aufstieg	25 39 36	28 42 30	25 %	21 %
100 - < 120	Abstieg Verbleib Aufstieg	32* 35 30*	33 41 25	21 %	18 %
120 - < 150	Abstieg Verbleib Aufstieg	39* 35 22*	44 38 14	18 %	18 %
150 - < 200	Abstieg Verbleib Aufstieg	48* 40 9*	37* 49 10	9 %	10 %
> 200	Abstieg Verbleib	59* 41*	52 48	3 %	4 %

() weniger als 25 Fälle

* ungenau wegen kleiner Fallzahlen in einigen Zeilen

Quelle: Berechnet und zusammengestellt nach Daten in SVR 2009: 319 (Datenbasis: SOEP).

oberen Mitte – unter denen der Westdeutschen. Die Aufstiegsmöglichkeiten sind in allen Gruppen der Mitte schlechter als im Westen.

Insgesamt sind in Ostdeutschland die Extreme – strenge Armut und Reichtum – „flüssiger“ als im Westen. Die Einkommenslage in der unteren und mittleren Mitte ist etwas stabiler, weil sowohl die Abstiege als auch die Aufstiege etwas seltener vorkommen. Auch in der oberen Mitte und unter den Wohlhabenden sind die Abstiegsrisiken etwas kleiner.

3.2 Vertikale berufliche Mobilität zwischen den Generationen – Aufsteiger-gesellschaft West

Analysen zur beruflichen Mobilität vergleichen die Berufspositionen von Eltern und ihren erwachsenen Kindern. Die Studie, deren Ergebnisse in Abbildung 12 vorgestellt werden, hat das international häufig eingesetzte Klassenmodell von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (1979) auf vier Klassen komprimiert: auf die obere und untere

re Dienstklasse, eine heterogene mittlere Klasse (Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern, Facharbeiter, einfache Büroberufe und Landwirte) sowie die Klasse der un- und angelernten Arbeiter und Angestellten. Der Berufsstatus der Töchter und Söhne wurde dem Berufsstatus der Väter gegenübergestellt.

Die westdeutschen Männer sind in den letzten drei Jahrzehnten mobiler geworden, weil sich sowohl die Aufstiegschancen als auch die Abstiegsrisiken um jeweils vier Prozentpunkte erhöht haben. Relativ gesehen haben Abstiege wegen der zunehmenden Konkurrenz durch gut qualifizierte Frauen stärker zugenommen als Aufstiege, so dass sich das Verhältnis von Aufstiegen zu Abstiegen etwas verschlechtert hat. Standen in der 1990er Jahren noch einem Abstieg 2,2 Aufstiege gegenüber, so kommen in den 2000er Jahren nur noch zwei Aufstiege auf einen Abstieg.

Auch die westdeutschen Frauen sind vertikal mobiler geworden. Ihre Situation hat sich dabei

deutlich verbessert. Anders als bei den Männern sind ihre Abstiegsrisiken um fünf Prozentpunkte zurückgegangen, und ihre Aufstiegschancen haben mit einem deutlichen Zuwachs von acht Prozentpunkten inzwischen fast das Niveau der Männer erreicht. Die Abstiegsrisiken sind nach wie vor höher als bei den Männern, aber das in den 1980er Jahren noch ausgeglichene Verhältnis von Aufstiegen zu Abstiegen hat sich deutlich verbessert. Heute kommen 1,5 Aufstiege auf einen Abstieg.

Der sozialstrukturelle Hintergrund dieser Veränderungen sind zwei kontinuierliche Trends: zum einen die Tertiärisierung der Sozialstruktur mit einem Rückgang der Arbeiterberufe zugunsten der besser qualifizierten Dienstleistungsberufe in der oberen Mitte (vgl. Habich/Noll 2008: 174) sowie im unteren Bereich eine leichte Zunahme der Klasse von Un- und Angelernten; zum anderen die bessere Qualifizierung sowie die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen.

Abbildung 12:

Vertikale Berufliche Mobilität zwischen den Generationen (in %)

Einkommen in % des Medians im Ausgangsjahr	West			Ost	
	1981-1990	1991-1999	2000-2006	1991-1999	2000-2006
Männer					
vertikale Mobilität	50	54	57	50	51
Aufstiege	35	37	39	32	26
Abstiege	15	17	19	18	25
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	2,3	2,2	2,0	1,7	1,0
Frauen					
vertikale Mobilität	57	60	61	63	60
Aufstiege	29	32	37	37	31
Abstiege	29	27	24	26	29
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	1,0	1,2	1,5	1,4	1,1

Quelle: Pollak 2008: 184.

In Ostdeutschland hat sich die Situation für beide Geschlechter in den beiden Jahren des vereinten Deutschlands erheblich verschlechtert. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen gehen die Aufstiegschancen in den 2000er Jahren um jeweils 6 Prozentpunkte zurück. Gleichzeitig steigen die Abstiegsrisiken an – bei den Männern mit sieben Prozentpunkten stärker als bei den Frauen mit drei Prozentpunkten. Während in den 1990er Jahren bei beiden Geschlechtern noch die Aufstiege überwogen, ist das Verhältnis von Aufstiegen zu Abstiegen in den 2000er Jahren ausgeglichen und damit auf das Niveau der westdeutschen Frauen in den 1980er Jahren zurückgefallen. Die neuen Bundesländer haben den Charakter einer Aufsteigergesellschaft im Zuge der Vereinigung eingebüßt. Eine Ursache für diese Entwicklung liegt vermutlich darin, dass die Erwerbstätigenquote von 64 Prozent im Jahr 1991 auf das westdeutsche Niveau von 48 Prozent im Jahr 2006 abgesunken ist und dass der ostdeutsche Dienstleistungssektor in den mittleren und oberen Bereichen bisher nur unzureichend ausgebaut wurde (vgl. Habich/Noll 2006: 174).

3.3 Zusammenfassung

Die Entwicklung der kurzfristigen Einkommensmobilität begünstigt die Reichen und benachteiligt die Armen: In den oberen und unteren Rändern der Einkommenshierarchie ist die Mobilität zurückgegangen. Die Chancen auf eine Verbesserung des Lebensstandards sind unter den Wohlhabenden gestiegen, die große gesellschaftliche Mitte ist dagegen stärker von den Risiken des Abstiegs betroffen. Die Zonen der Prekarität haben sich schichtspezifisch – nach unten zunehmend – ausgedehnt. Die skizzierten Prozesse verlaufen in Ostdeutschland weniger intensiv als im Westen.

Aus der Perspektive der beruflichen Mobilität zwischen den Generationen stellt sich Westdeutschland weiterhin als eine Aufsteigergesellschaft dar, wenn auch die Abstiegsrisiken der Männer durch die zunehmende Konkurrenz durch gut qualifizierte Frauen leicht angestiegen sind. Ostdeutschland hat dagegen im Zuge der Vereinigung den Charakter einer Aufsteigergesellschaft verloren.

4. Subjektive Reaktionen auf die sozialstrukturellen Veränderungen

4.1 Subjektive Schichteinstufung – keine schrumpfende Mitte

Seit 1980 werden die Deutschen in regelmäßigen Abständen aufgefordert, sich in ein grobes dreistufiges Schichtmodell einzustufen (Abbildung 13). Westdeutschland ist seit mindestens drei Jahrzehnten eine Mittelschichtgesellschaft. Etwa 60 Prozent sehen sich als Angehörige der Mittelschicht. Die Anteile der Schichten schwanken in verschiedenen Jahren um wenige Prozentpunkte, ein Trend in eine bestimmte Richtung ist jedoch nicht zu erkennen. Die Schichtstrukturen von 2006 und 1980 sind so gut wie identisch (Abbildung 13). Das Abbröckeln der „Einkommensmittelschicht“ nach unten und die Zunahme von Armut und Niedrigeinkommen hat das Selbstverständnis der Westdeutschen von ihrer Schichtzugehörigkeit nicht beeinflusst. Die Mitte ist nicht geschrumpft.

Die Ostdeutschen waren kurz nach dem Zusammenbruch der DDR von ihrem Selbstverständnis her eine Arbeitergesellschaft. Eine Mehrheit von 60 Prozent stufte sich in die Arbeiter-

schicht/Unterschicht ein. Trotz der enormen sozialstrukturellen Umbrüche im Zuge der Vereinigung hat sich die Selbsteinschätzung nur sehr langsam verändert. Die Mittelschicht hat zugenommen, aber auch 2006 stuft sich nur eine Minderheit von 46 Prozent in die gesellschaftliche Mitte ein. Ostdeutschland ist in der Mitte der 2000er Jahre noch immer eine Arbeitergesellschaft, auch wenn der Anteil der Arbeiterschicht/Unterschicht abgenommen hat und sich 2006 erstmals der 50 Prozent-Grenze nähert.

Die Ost-West-Unterschiede dürften mit den Unterschieden in den objektiven Soziallagen zusammenhängen – mit dem niedrigeren Lebensstandard und dem höheren Anteil an Facharbeitern in Ostdeutschland. Vermutlich spielen aber auch die Nachwirkungen der sozialistischen Arbeiterideologie eine Rolle. So stufen sich von den westdeutschen Facharbeitern 33 Prozent und von den Un- und Angelernten 27 Prozent in die Mittelschicht ein, in den neuen Ländern sind es nur 26 Prozent bzw. sechs Prozent (Habich/Noll 2008: 179).

Abbildung 13:

Subjektive Schichteinstufung (in %)

	Arbeiterschicht/ Unterschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht/ Oberschicht
West			
1980	31	59	10
2006	33	58	9
Ost			
1991	60	37	2
2006	51	46	4

Quelle: Zusammengestellt nach Daten bei Habich/Noll 2008: 178 (Datenbasis: ALLBUS, ohne Ausländer).

4.2 Die Ausbreitung von Ängsten und Unsicherheiten – auch in die gesellschaftliche Mitte hinein

Auf die zunehmende Wohlstandsungleichheit, die Prekarisierung der Arbeit und die zunehmenden Abstiegsgefahren reagiert die Bevölkerung mit Ängsten und Unsicherheitsgefühlen. Die unteren Etagen des Schichtgefüges sind davon stärker betroffen als die mittleren und oberen, aber die Verunsicherungen breiten sich auch zunehmend in der gesellschaftlichen Mitte aus. „Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf“ – so formuliert Hradil (2006) diesen Vorgang mit einer anschaulichen Metapher.

a. Sorgen um den Arbeitsplatz

Bereits in den 1990er Jahren stieg unter den gehobenen Angestellten die Sorge um den Arbeitsplatz an. 1988 befürchteten vier Prozent von ihnen, arbeitslos zu werden oder zumindest die Arbeitsstelle wechseln zu müssen, 1998 waren es bereits 13 Prozent (Hradil 2006: 37). Die Angst vor Arbeitslosigkeit nahm dann in den Folgejahren in allen Schichten – gemessen mit der in Kapitel 4.1 gemessenen Selbsteinstufung – weiter zu. In der Arbeiterschicht stiegen die Anteile zwischen 1998 und 2004 von zehn auf 22 Prozent, in der Mittelschicht von sechs auf zehn Prozent und in der oberen Mittelschicht/Oberschicht von drei auf acht Prozent an (Böhnke 2005: 34f.). Die differenzierteste Studie dazu haben Lengfeld/Hirschle (2009) vorgelegt. Sie untersuchen die Entwicklung der Anteile derjenigen, die sich „große/einige Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes“ machen, gegliedert nach sechs Klassen in Ost und West. Der Indikator für das Gefühl der Unsicherheit ist bei ihnen sehr weit gefasst, weil zusätzlich zu der Antwort „große Sorgen“ auch die Antwort „einige Sorgen“ mit einbezogen wird, die erheblich häufiger gegeben wird als die erstere.

In Westdeutschland nehmen die Ängste vor Arbeitslosigkeit seit Beginn der 1990er Jahre enorm zu. Waren vor zwei Jahrzehnten in allen Klassen mehr als die Hälfte sorgenfrei, so trifft dies in der Mitte der 2000er Jahre nur noch auf die obere und untere Dienstklasse zu. Aber auch

in den beiden Dienstklassen machen sich inzwischen etwa 45 Prozent mindestens einige Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Am heftigsten reagierte die untere Mitte, die Klasse der gehobenen Routinedienstleister auf die Arbeitsmarktkrise; hier nehmen die Befürchtungen am stärksten zu (Abbildung 14).

Da der soziale Umbruch in Ostdeutschland von besonders hohen Arbeitslosenraten begleitet wird, ist es nicht verwunderlich, dass die Sorgen um die Arbeitsplätze nach dem Zusammenbruch der DDR erheblich weiter verbreitet sind als im Westen. Von den Routinedienstleistern und Ungelernten hatten drei Viertel Angst vor Arbeitslosigkeit, in den anderen Klassen waren es etwa 70 Prozent. Rückläufig waren die Sorgen lediglich in den beiden Dienstklassen, aber auch bei der kleinen Gruppe der leitenden Dienstleister äußern Mitte der 2000er Jahre noch über 50 Prozent Befürchtungen um ihren Arbeitsplatz. In den vier anderen Klassen breiteten sie sich zwischen 2000/2003 und 2004/2007 etwas weiter aus. Mitte der 1990er Jahre waren in allen vier Klassen lediglich ein Viertel sorgenfrei, ein Jahrzehnt später sind es noch weniger (Abbildung 15).

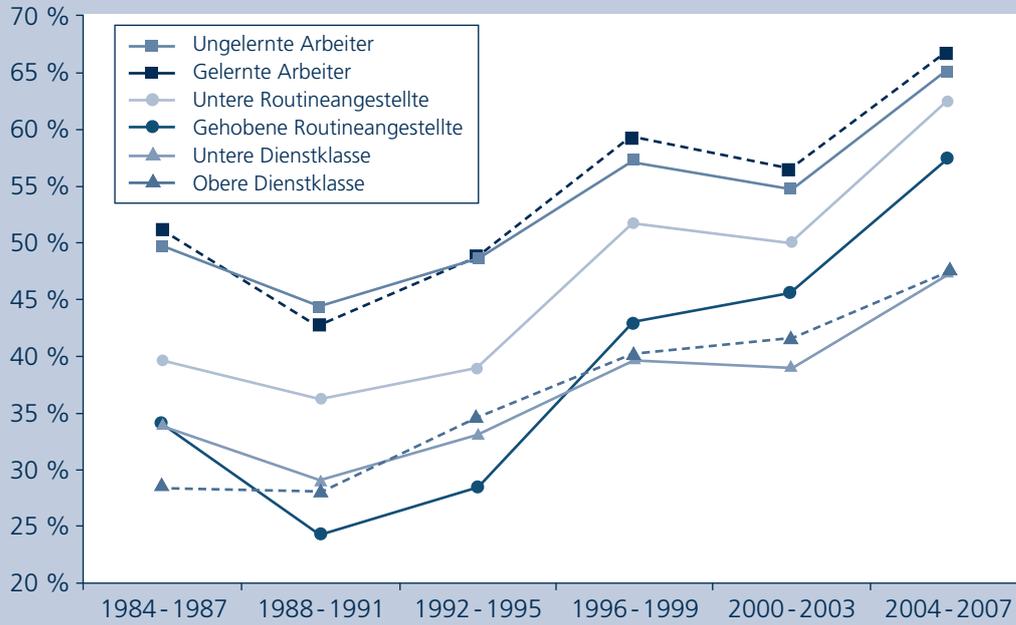
b. Sorgen um den Lebensstandard

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation ist in der ersten Hälfte der 2000er Jahre angestiegen – im Westen stärker als im Osten. 2006 gaben 33 Prozent der Westdeutschen und 37 Prozent der Ostdeutschen an, ihr Lebensstandard habe sich in den letzten Jahren verbessert, aber 46 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen klagten über eine Verschlechterung (Neugebauer 2007: 30). Diese Einschätzungen spiegeln sich auch in der Entwicklung der Unzufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard wider (Abbildung 16). Zwischen 2001 und 2006 ist der Anteil der Unzufriedenen in beiden Teilen Deutschlands nach vorheriger leicht rückläufiger Entwicklung wieder angestiegen – im Westen relativ stärker als im Osten, wo mehr Unzufriedenheit herrscht.

Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft sind erheblich weiter verbreitet als die

Abbildung 14:

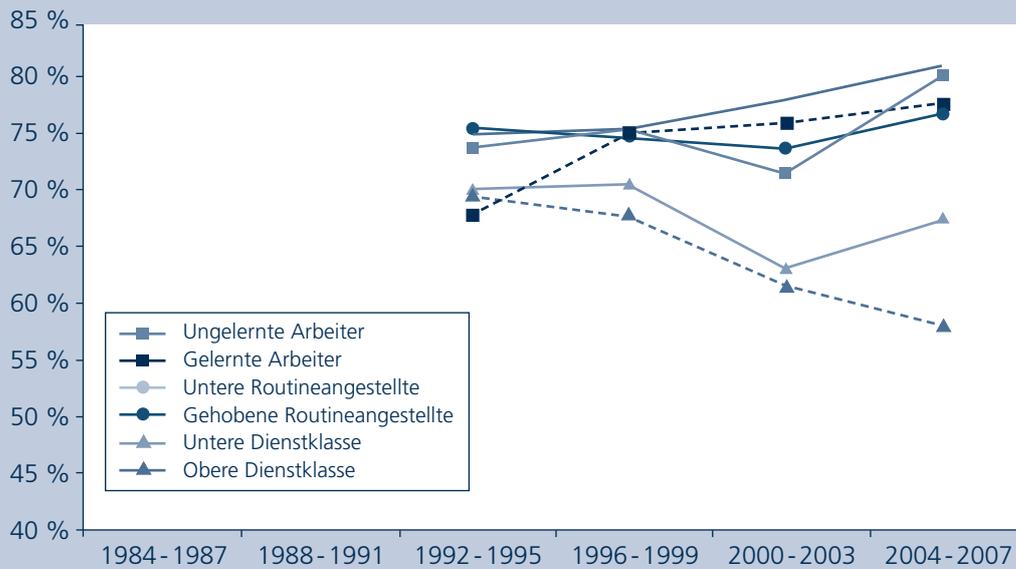
Sorge vor Arbeitsplatzverlust nach Berufsklassen – Westdeutschland



Quelle: Lengfeld/Hirschle 2009: 386.

Abbildung 15:

Sorge vor Arbeitsplatzverlust nach Berufsklassen – Ostdeutschland



Quelle: Lengfeld/Hirschle 2009: 387.

Abbildung 16:

Unzufriedenheit mit Lebensstandard und Haushaltseinkommen

	eher unzufrieden (in%)		eher unzufrieden (in %)	
	Lebensstandard West	Ost	Haushaltseinkommen West	Ost
1996	8	14	19	28
2001	7	11	15	27
2006	11	13	22	34

Quellen: Zusammengestellt nach Daten bei Christoph 2008: 404 f.; 2004: 458 f.; 2002: 444 f.

Unzufriedenheit über die eigene Situation. Grabka/Frick (2008) haben die Entwicklung in drei Einkommenschichten untersucht. Abbildung 17 zeigt eine ähnliche Wellenbewegung wie bei der (Un-)Zufriedenheit: Einem Rückgang der „großen Sorgen“ Ende der 1990er Jahre folgt ein starker Anstieg in allen Schichten mit Spitzenwerten, die seit Beginn der Messungen im Jahr 1984 noch nie erreicht wurden. 2006 machen sich mehr als 40 Prozent der Einkommenschwachen, etwa 25 Prozent der Mittelschicht und immerhin noch 10 Prozent der Einkommensstarken große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation.

c. Der „Spill Over-Effekt“

Die Ängste, Sorgen und Unsicherheiten sind subjektive Sichtweisen und Empfindungen gegenüber der eigenen Situation und hängen nur zum Teil mit den „wirklichen“, „objektiven“ individuellen Soziallagen zusammen. Viele Befürchtungen sind „ungerechtfertigt“ und erfüllen sich nicht (vgl. Hradil/Schmidt 2007: 203 f.; Burzan 2008: 10). So können Lengfeld/Hirschle (2009: 393 f.) empirisch belegen, dass die starke Zunahme der Ängste um ihre Arbeitsplätze in der unteren Mitte nicht auf Ursachen in ihren Erwerbsbiographien zurückgeführt werden kann. Vertragsbefristungen oder Phasen der Arbeitslosigkeit erklären diese Zunahme nicht. Offensichtlich beobachten die Angehörigen der unteren Mitte – direkt oder über die Massenmedien – Arbeitslo-

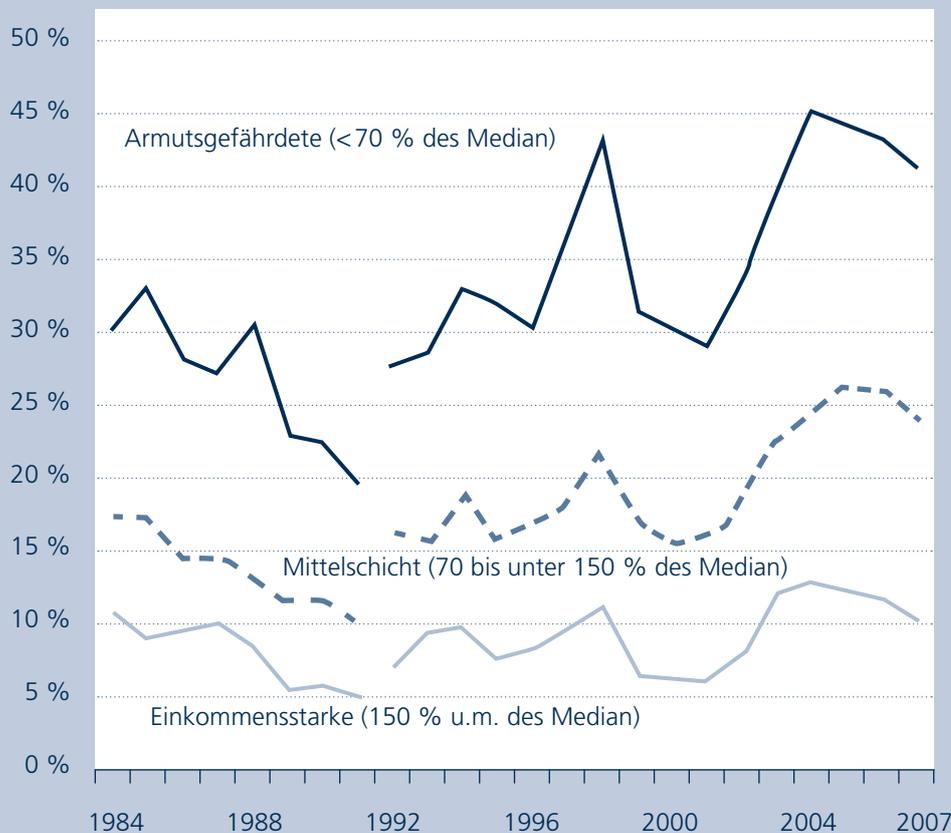
sigkeit und soziale Abstiege in unteren Schichten und übertragen dann diese Erfahrungen auf ihre eigene Situation. Die Prekarisierung in den unteren Schichten, wo sie real besonders häufig auftritt, „schwappt über“ in die Situationsdefinition von Teilen der gesellschaftlichen Mitte und produziert dort übertriebene Ängste – ein Phänomen, das „Spill Over-Effekt“ genannt wird. Die Situation entspricht der unter Ökonomen gängigen Formel „Die Stimmung ist schlechter als die Lage“.

4.3 Gefühle sozialer Gerechtigkeit – deutliche Abnahme

Die zunehmende Ungleichheit der Chancen auf einen angemessenen Lebensstandard, gute Arbeitsbedingungen und sozialen Aufstieg wird von der Bevölkerung durchaus wahrgenommen. Auf die Frage „Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?“ antworteten 2001 34 Prozent mit „ist gleich geblieben“, aber 2008 nur noch 19 Prozent. Der Anteil der Antworten „hat abgenommen“ ist in diesem Zeitraum von 46 Prozent auf 74 Prozent angestiegen (Glatzer 2009: 19). Drei Viertel der Deutschen haben also die zunehmende Ungleichverteilung der Lebenschancen registriert.

Auch im Hinblick auf die eigene Situation hat die gefühlte Ungerechtigkeit zugenommen. Sie wird mit der Frage ermittelt: „Im Vergleich

Abbildung 17:

„Große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation nach Einkommensschicht (in %)

Quelle: Grabka/Frick 2010: 107 (Datenbasis: SOEP 1984-2007, Haushaltseinkommen des Vorjahres).

dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren Anteil, etwas weniger oder viel weniger?“ Der Anteil derjenigen, die sich ungerecht behandelt fühlen – d.h. die mit „etwas weniger“ oder „viel weniger“ geantwortet haben – ist von 34 Prozent im Jahr 2000 auf 44 Prozent im Jahr 2008 angestiegen. In Ostdeutschland ist die gefühlte Ungerechtigkeit wegen der weiterhin bestehenden Ost-West-Wohlstandslücke erheblich weiter verbreitet. Allerdings hat die erneute Öffnung der Wohlstandslücke bisher keine entsprechenden Effekte ausgelöst. Der Anteil derjenigen, die sich ungerecht behandelt fühlen, ist vielmehr von 63 Prozent im Jahr 2000 auf 57 Prozent im Jahr 2008 gesunken (Glatzer 2009: 17).

Die Einschätzung, die sozialen Unterschiede seien unverhältnismäßig groß, ist sehr ungleich verteilt. 2008 wurde vom Allensbacher Institut für Demoskopie den Führungskräften in Politik und Wirtschaft sowie der Bevölkerung ab 16 Jahre die Frage gestellt: „Sind die sozialen Unterschiede in Deutschland zu groß, gibt es ein zu großes soziales Ungleichgewicht oder haben Sie nicht diesen Eindruck?“ Für die große Mehrheit der Bevölkerung (82 Prozent) ist das soziale Ungleichgewicht zu groß, nur neun Prozent haben nicht diesen Eindruck. Völlig anders wird die Situation von den Führungskräften beurteilt. Fast zwei Drittel der Wirtschaftsführer (62 Prozent) sehen kein zu großes soziales Ungleichgewicht und von den politischen Führungskräften sind es fast die Hälfte (48 Prozent) (Schupp 2010: 19).

5. Die Entwicklung vom Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zum Einwanderungsland

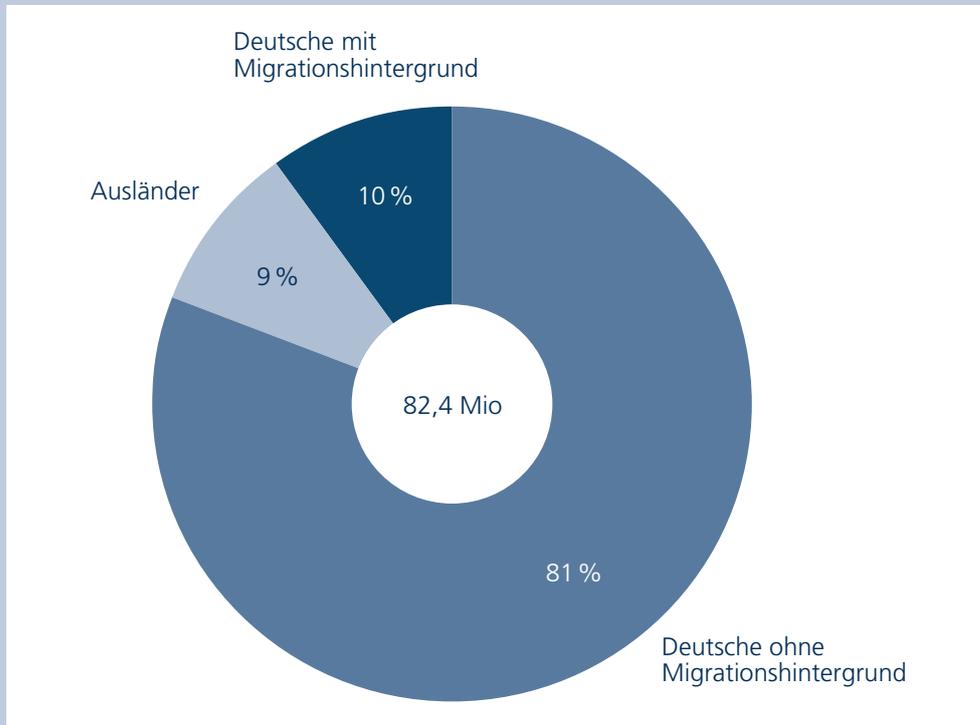
Seit Ende der 1970er Jahre signalisieren die sozialstrukturellen Daten, dass Deutschland auf Dauer Arbeitsmigranten braucht und diese integrieren muss. Man konnte erkennen, dass es im Interesse vieler Betriebe war, die angeworbenen Gastarbeiter langfristig zu beschäftigen und dass ein Teil der Gastarbeiter mit ihren Familien ihren Lebensmittelpunkt inzwischen in Deutschland gefunden hatte und auf Dauer in Deutschland leben wollte. Die deutsche Gesellschaft stand damit vor der Aufgabe, den bleibewilligen Teil der angeworbenen Arbeitsmigranten einzugliedern. Die sozialliberale Regierung trug dieser Herausforderung Rechnung, indem sie 1978 das Amt eines Integrationsbeauftragten einrichtete und mit Heinz Kühn besetzte. Dieser wird heute in der Regel als erster „Ausländerbeauftragter“ der Bundesregierung bezeichnet – ein falsches Etikett, denn seine genaue Amtsbezeichnung lautete „Beauftragter der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“. Diese Einsicht in die Integrationsnotwendigkeit ging jedoch in den 1980er Jahren wieder verloren, als sich die Arbeitsmigration mit den steigenden Zahlen der Asylbewerber zu einem brisanten Problemgemisch vermengte. Deutschland blieb weiterhin ein Zuwanderungsland, denn hinter der Fassade des Anwerbstopps boomte die Ausländerbeschäftigung: Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer nahm zwischen 1987 und 1993 um fast zwei Drittel von 1,8 Millionen auf drei Millionen zu. Aber es war ein Zuwanderungsland wider Willen. In der Öffentlichkeit dominierte der realitätsfremde Slogan „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“, und die Notwendigkeit, die ökonomisch gebrauchten Arbeitsmigranten zu integrieren, wurde von den politischen Eliten auf Landes- und Bundesebene zwei Jahrzehnte lang

weitgehend ignoriert. In den 1990er Jahren dürften diese Versäumnisse auch damit zusammengehangen haben, dass Deutschland durch die Wiedervereinigung eine Integrationsaufgabe von ganz anderen Dimensionen zu bewältigen hatte.

Entsprechend lückenhaft sind auch die genauen empirischen Kenntnisse zur Entwicklung von Migration und Integration. Bis einschließlich 2004 waren die deutschen Statistiken Ausländerstatistiken und keine Migrationsstatistiken. Es existierten lediglich Daten zu den in Deutschland lebenden Ausländern. Politiker und Bevölkerung waren daher – im Gegensatz zu den Migrationsforschern! – sehr überrascht, als der Mikrozensus 2005 erstmals den Migrationshintergrund erhob und dabei zutage förderte, dass in Deutschland neben den sieben Millionen Ausländern weitere acht Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund lebten – (Spät-)Aussiedler, eingebürgerte ehemalige Ausländer und Kinder aus „gemischten“ Familien mit einem zugewanderten Elternteil (vgl. Abbildung 18).

Zwischen 2005 und 2009 ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund – sie werden im Folgenden der Einfachheit halber auch Migranten genannt – um weitere gut 700.000 auf 16,0 Millionen gestiegen, sie machen 19,6 Prozent der Bevölkerung aus. Je jünger die Menschen sind, umso größer ist der Anteil mit Migrationshintergrund. Von den Kindern unter fünf Jahren stammt bereits gut jedes dritte (35 Prozent) aus einer Zuwandererfamilie. Die Migranten sind sehr ungleich auf West und Ost verteilt. 15,4 der 16 Millionen leben in Westdeutschland (einschl. Berlin) und stellen dort 22,3 Prozent der Bevölkerung. In den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) sind die Einheimischen dagegen noch weitgehend unter sich, weil Arbeitsmigranten wegen

Abbildung 18:

Migrationshintergrund der Bevölkerung 2005 in %

Quelle: StBA 2006: 75.

der hohen Arbeitslosigkeit bisher kaum gebraucht wurden. Mit lediglich gut 600.000 Migranten (4,8 Prozent der Bevölkerung) ist Ostdeutschland eine nahezu monoethnische Gesellschaft geblieben (StBA 2010: 7 ff.).

Woher kommen die Migranten? 3,3 Millionen sind (Spät-)Aussiedler. Unter ihnen stellen die Einwanderer aus den Staaten der früheren Sowjetunion, insbesondere aus Russland und Kasachstan, die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von den Einwanderern aus Polen und Rumänien. Auch aus der Türkei stammen gut drei Millionen. Die große Mehrheit sind ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen, ein kleiner Teil sind Flüchtlinge. Die Kurden unter ihnen werden statistisch nicht getrennt erfasst. Das Zentrum für kurdische Studien NAVEND schätzt die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Kurden (einschließlich der Kurden aus Syrien, Iran, Irak und Libanon) auf 600.000, davon sind 80 - 90 Prozent ehemalige Gastarbeiter und ihre Nachkommen

(NAVEND 2010). Auch die gut 1,5 Millionen Zuwanderer aus den Staaten des früheren Jugoslawien sind eine Mischung aus ehemaligen Gastarbeitern und Flüchtlingen. Weitere knapp 1,6 Millionen stammen aus den früheren Anwerbestaaten Italien, Griechenland, Spanien und Portugal (Einzelheiten in Abbildung 19).

Die Integration der Migranten stößt in Deutschland im Vergleich zu anderen modernen Einwanderungsländern auf besondere Probleme, weil Deutschland durch Migranten sehr stark unterschichtet ist. Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional häufig unter den Geringqualifizierten und den statusniedrigen Berufsgruppen vertreten und daher besonders häufig prekären Beschäftigungsverhältnissen und Soziallagen ausgesetzt (Einzelheiten in Abbildung 20). Die PISA-Studien haben erstmals quantitativ exakt belegt, dass Deutschland stärker durch Migranten unterschichtet ist als die anderen vergleichbaren Einwanderungsgesellschaften. In einigen europä-

Abbildung 19:

Menschen mit Migrationshintergrund – Woher kommen sie?

(Spät-) Aussiedler	3,3 Mio.
Türkei	3,0 Mio.
Ex-Jugoslawien	1,5 Mio.
Italien	830.000
Griechenland	403.000
Spanien	172.000
Portugal	171.000

Quelle: StBA 2010: 7f.

Abbildung 20:

Unterschichtung durch Migration in Deutschland (2009)

	ohne Migrationshintergrund %	mit Migrationshintergrund %
keinen Schulabschluss	8	14
keinen beruflichen Abschluss	19	43
Arbeiter/in	23	40
geringfügig beschäftigt (25- bis 65-Jährige)	7	12
erwerbslos (25- bis 65-Jährige)	6	13
arm (Einkommen < 60% des Medians)	11	22

Quelle: StBA 2010 (Mikrozensus 2009).

ischen Nachbarländern – Vereinigtes Königreich, Schweden, Norwegen, Frankreich – ist der Statusabstand zwischen einheimischen und zugewanderten Familien höchstens halb so groß und in Kanada, das seit vier Jahrzehnten eine durchdachte Migrationspolitik mit einer darauf abgestimmten Integrationspolitik betreibt, gibt es kaum derartige Statusunterschiede (vgl. Abbildung 21). Die extreme tendenzielle Unterschichtung ist die Hypothek, die uns die frühere Gastarbeiterpolitik, das lange Fehlen einer zukunftsorientierten Migra-

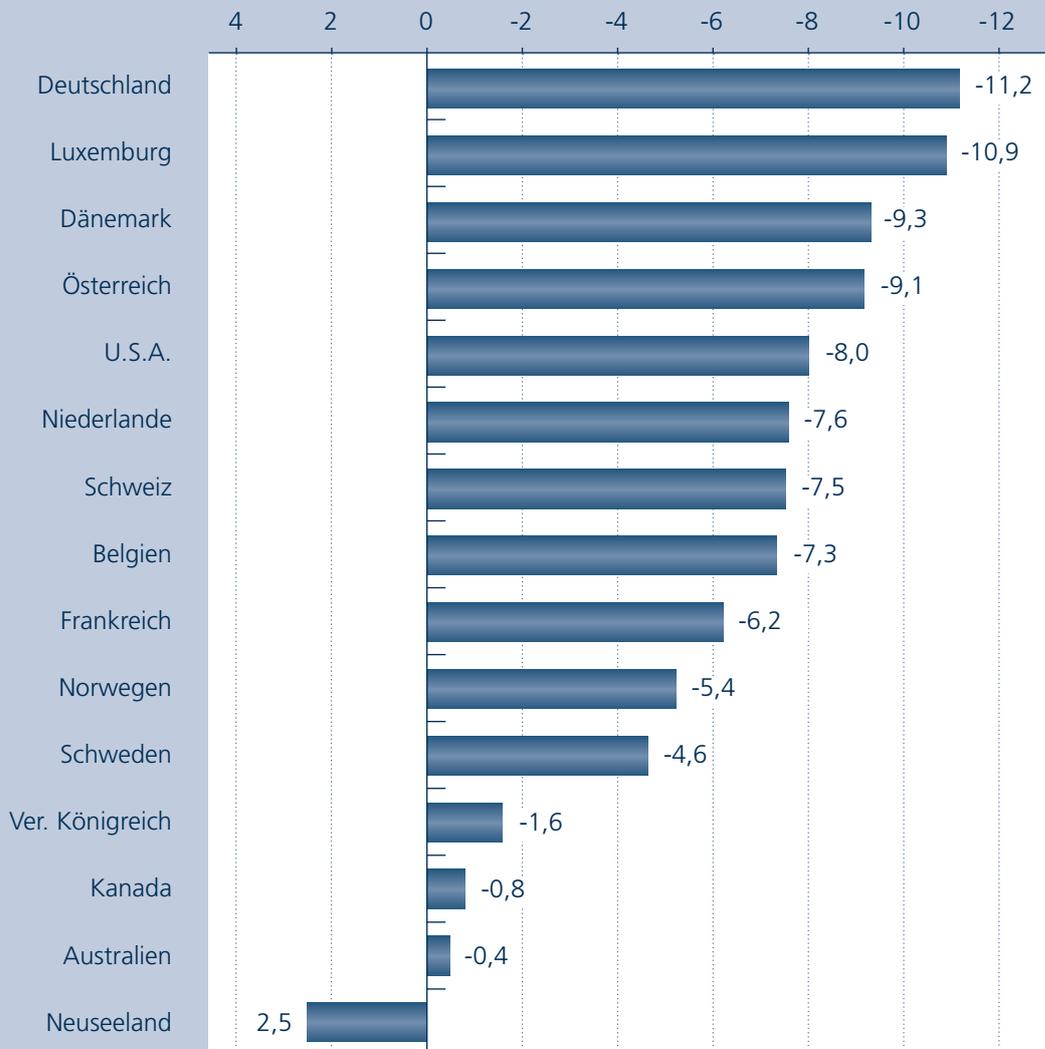
tionspolitik sowie die damit zusammenhängenden Integrationsversäumnisse hinterlassen haben.

Die Migrations- und Integrationsforschung (vgl. den Überblick bei SVR 2010) sowie die öffentliche Diskussion, in der das Thema Migration und Integration inzwischen angekommen ist, machen deutlich, dass es einen erheblichen Nachholbedarf bei der Integration der Migranten gibt – in der Arbeitswelt, bei der sozialen und politischen Teilnahme, in Medien und Öffentlichkeit (dazu Friedrich-Ebert-Stiftung 2010) und insbe-

Abbildung 21:

Unterschichtung durch Migration im internationalen Vergleich (2006)

Unterschiede im sozioökonomischen Status¹ zwischen Familien von 15-Jährigen ohne und mit Migrationshintergrund² in Einwanderungsländern der OECD



¹ sozioökonomischer Status: gemessen mit dem Highest International Socio-Economic Index of Occupational Status (HISEI).

² ohne Migrationshintergrund: beide Eltern im jeweiligen Land geboren
mit Migrationshintergrund: beide Eltern zugewandert.

Quelle: Eigene Grafik nach Daten von PISA 2006, die Oliver Walter berechnet hat.

sondere in der Bildung, dem Schlüssel für die nachhaltige Integration der Migrantennachkommen. Ein Blick in die Nachbarländer zeigt jedoch auch, dass übertriebene Dramatisierungen der deutschen Situation unangebracht sind. So kommt der neu eingerichtete unabhängige Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integra-

tion und Migration in seinem Jahresgutachten zu folgendem Ergebnis: „Im internationalen Vergleich ist ‚die Integration‘ in Deutschland keineswegs ‚gescheitert‘. Sie ist in vielen empirisch fassbaren Bereichen durchaus zufriedenstellend oder sogar gut gelungen“ (SVR 2010: 13).

6. Zusammenfassung

Der wesentliche aktuelle Trend in der Entwicklung der deutschen Sozialstruktur ist die zunehmende soziale Ungleichheit in Form einer zunehmenden Polarisierung zwischen Privilegierten und Benachteiligten. Bei den materiellen Lebensbedingungen zeigt sich dieser Trend darin, dass Reiche und Arme immer zahlreicher werden. Reiche werden gleichzeitig auch immer reicher, sie setzen sich im Hinblick auf Einkommen und Besitz immer weiter nach oben ab. Die Probleme der Armen verschärfen sich, weil die Kluft zwischen unten und oben sowie zwischen unten und gesellschaftlicher Mitte immer größer wird und das untere Zehntel immer stärker verschuldet. Im Zuge der Einkommenspolarisierung bröckelt die gesellschaftliche Mitte etwas nach unten ab.

Die Umschichtung nach unten hängt mit den Veränderungen in den Arbeitsbedingungen zusammen. Das Normalarbeitsverhältnis – die unbefristete Vollzeitbeschäftigung – ist rückläufig, prekäre Arbeitsverhältnisse wie Befristung, Minijobs und Leiharbeit, die tendenziell mit niedrigen Einkommen verbunden sind, nehmen zu. Von der Entstandardisierung und Prekarisierung der Arbeit sind Geringqualifizierte stärker betroffen als andere, aber auch in den mittleren und höheren Schichten haben sich die Zonen der Prekarität ausgedehnt.

Auch in den Prozessen der vertikalen sozialen Mobilität spiegelt sich die zunehmende Polarisierung wider. Veränderungen in der Einkommensmobilität im Lebenslauf zeigen Tendenzen der Verfestigung am unteren und oberen Rand der Einkommenshierarchie. Reichtum und Armut stabilisieren sich. Den Reichen gelingt es zunehmend, ihre Privilegien zu erhalten, und Arme müssen länger in ihrer Notsituation ausharren. Im oberen Bereich haben sich die Aufstiegschancen der Wohlhabenden in die Gruppe der Rei-

chen verbessert, während in der sozialen Mitte die Abstiegsrisiken größer und die Aufstiegsmöglichkeiten kleiner geworden sind.

Anders sieht es bei der Mobilität zwischen den Generationen aus. Die fortlaufende Tertiärisierung hat in Westdeutschland zu einem weiteren Rückgang der manuellen Arbeit und zu einem Ausbau der mittleren und oberen Mitte des Dienstleistungssektors geführt und damit eine Umschichtung nach oben zur Folge. Davon haben insbesondere die Frauen profitiert, deren Aufstiegschancen sich mit dem Verschwinden ihres Bildungsdefizits erheblich verbessert haben. Aber auch die westdeutschen Männer steigen im Vergleich zum Berufsstatus ihrer Väter doppelt so häufig auf als ab. Im Hinblick auf die Generationenmobilität ist Westdeutschland weiterhin eine Aufsteigergesellschaft.

Zunehmende soziale Ungleichheit in Form einer zunehmenden Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die Zunahme der Abstiege aus der gesellschaftlichen Mitte im Lebenslauf hat das Selbstverständnis der Westdeutschen als Mittelschichtgesellschaft nicht beeinflusst. Erheblich angestiegen sind jedoch soziale Ängste und Unsicherheiten. Die Befürchtungen, den Arbeitsplatz zu verlieren und sozial abzustiegen, haben nicht nur im unteren Bereich der Gesellschaft erheblich zugenommen, sondern sie haben auch größere Teile der gesellschaftlichen Mitte erfasst. Die Ausbreitung dieser Ängste in die Mitte, auch in die obere Mitte, ist zum Teil eine Folge des „Spill Over-Effekts“, ein „Überschwappen“ von unten, bei vielen ohne reale Grundlage.

Die große Mehrheit der Bevölkerung hat die Polarisierung wahrgenommen. Sie deutet diese als zunehmende soziale Ungerechtigkeit. Gut vier Fünftel empfinden das Ausmaß der sozialen Ungleichheit als zu groß. Die Mächtigen denken

allerdings anders. Etwa zwei Drittel der wirtschaftlichen und knapp die Hälfte der politischen Führungskräfte teilt diese Beurteilung nicht, sie sehen die soziale Balance trotz Polarisierung weiterhin im Gleichgewicht.

Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten von einem Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zu einem Einwanderungsland entwickelt, das vor der Herausforderung steht, die aus ökonomischen und demografischen Gründen gebrauchten Arbeitsmigranten und ihre Familien in die Kerngesellschaft zu integrieren. Die Gastarbeiterpolitik sowie Versäumnisse in der Migrations- und Integrationspolitik haben dazu geführt, dass Deutschland stärker durch Migranten unterschichtet ist als alle anderen vergleichbaren Einwanderungsgesellschaften. In vielen Feldern der Integration besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Allerdings zeigt ein Blick auf die Integrationsprobleme in anderen Gesellschaften, dass übertriebene Dramatisierungen der deutschen Situation unangebracht sind.

Die sozialstrukturelle Entwicklung in Ostdeutschland weicht in einigen Punkten von der westdeutschen ab. Da die Einbrüche im Nettoäquivalenzeinkommen im Osten stärker ausgefallen sind als im Westen, ist der Aufholprozess nicht nur ins Stocken geraten, sondern die West-Ost-Wohlstandslücke hat sich wieder geöffnet.

Trotz „nachholender Spreizung“ der Wohlstandsunterschiede und einer relativ stärkeren Polarisierung in Ostdeutschland ist das Niveau der sozialen Ungleichheit dort weiterhin niedriger. Die Polarisierung betrifft im Wesentlichen den unteren Rand der Einkommenshierarchie.

Der Anteil der Reicheren und ihr Abstand zur sozialen Mitte haben sich nicht wesentlich verändert. Aber der Anteil der Ärmeren und ihr Rückstand zur Mitte haben stärker zugenommen als im Westen. Die Entwicklung der Reichen wurde im Vergleich zum Westen gebremst, das Armutsproblem hat sich dagegen stärker verschärft.

Auch die Einkommensmobilität im Lebenslauf hat sich anders entwickelt als im Westen. Reichtum und Armut sind weniger verfestigt. Oben und unten gibt es mehr Dynamik, mehr Abstiege bzw. Aufstiege. Die soziale Mitte ist dagegen stabiler, sowohl die Aufstiege als auch die Abstiege sind seltener. Bei der vertikalen Mobilität zwischen den Generationen ist das Übergewicht der Aufstiege im Zuge der Vereinigung verlorengegangen. In den 2000er Jahren ist Ostdeutschland keine Aufstiegs-gesellschaft mehr.

Im Selbstverständnis der Ostdeutschen vollzieht sich der Wandel von der Arbeitergesellschaft zur Mittelschichtgesellschaft nur sehr zögerlich. 2006 ordnet sich weiterhin eine knappe Mehrheit der Arbeiterschicht/Unterschicht zu. Die Sorgen um die Arbeitsplätze sind wegen der hohen Arbeitslosigkeit erheblich höher und die Unzufriedenheit mit Einkommen und Lebensstandard ist wegen der Wohlstandslücke größer. Die erneute Öffnung der Wohlstandskluft wurde offensichtlich nicht registriert. Denn die gefühlte Ungerechtigkeit ist im vergangenen Jahrzehnt nicht stärker, sondern schwächer geworden.

Wegen der hohen Arbeitslosigkeit ist Ostdeutschland bisher eine weitgehend monoethnische Gesellschaft geblieben. Der Wandel zum Einwanderungsland hat in den ostdeutschen Bundesländern (noch) nicht stattgefunden.

Teil 2: Modelle der Sozialstrukturanalyse und ihre Erklärungskraft

Um die Struktur der sozialen Ungleichheit in ihrer Gesamtheit zu gliedern und zu analysieren, existieren vier wichtige Modelle mit unterschiedlichen Fragestellungen, Begriffen und Theorien: das traditionelle, international verbreitete vertikale Modell der Klassen und Schichten, die beiden in den 1980er Jahren entwickelten und eher auf Deutschland beschränkten Modelle der sozialen Lagen und der sozialen Milieus und das neuere ebenfalls internationale Modell der Exklusion-Inklusion.

1. Klassen und Schichten

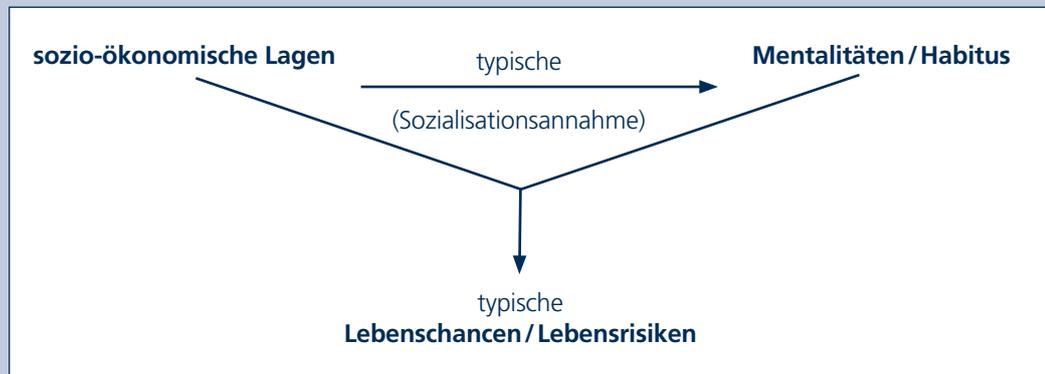
Sowohl das Klassenkonzept als auch das Schichtkonzept werden heute in Deutschland sowie auch international in vielen Varianten verwendet, die sich nicht nur häufig überlappen, sondern ab und zu auch synonym verwendet werden. Obwohl sich Schicht- und Klassentheoretiker in den 1960er und 1970er Jahren, als der Neomarxismus eine kurze Renaissance erlebte, heftig bekämpften, ist es sinnvoll, sie heute wegen ihrer zahlreichen Gemeinsamkeiten im Vergleich zu den drei anderen Ansätzen zu einem Modell zusammenzufassen. Als gemeinsamer Kern aller Klassenkonzepte und derjenigen Schichtkonzepte, die etwas anspruchsvoller und komplexer ausgearbeitet sind, lassen sich drei Elemente festhalten:

(1) Ausgangspunkt aller Analysen sind die „objektiven“, „äußerlichen“ *sozio-ökonomischen Lagen* (Klassenlagen oder Sozillagen). Die Bevölkerung wird in verschiedene Gruppen untergliedert, die sich in einer ähnlichen sozio-ökonomischen Lage befinden. Diese Lagen sind in einer modernen Gesellschaft *mehrdimensional* bestimmt. Die wichtigsten Bestimmungsmerkmale – Theodor Geiger (1962: 191) nennt sie „Schichtdeterminanten“ – sind Einkommen und Besitz sowie Qualifikationen. Der französische Klassiker Pierre Bourdieu (1979) bezeichnet diese beiden Hauptdimensionen der Klassenlagen in seiner modernen Erweiterung der Marx'schen Klassentheorie als ökonomisches Kapital und Bildungskapital. Häufig werden Berufsgruppen, die in eine Rangordnung gebracht werden, als Schichtdeterminante verwendet, weil dieser mehrdimensionale Indikator ökonomisches Kapital und Bildungskapital bündelt und auch noch weitere Schichtdeterminanten wie Einfluss und Prestige einschließt.

(2) Es wird danach gefragt, ob und wie stark die „objektiven“ sozio-ökonomischen Lagen mit „subjektiven“, „psychischen“, „inneren“ Befindlichkeiten der Menschen zusammenhängen. Der theoretische Hintergrund dieser Frage ist die Sozialisationsannahme: Menschen, die unter ähnlichen äußeren Bedingungen leben, machen ähnliche Erfahrungen. Ihre sozio-ökonomische Lage beeinflusst tendenziell ihr Denken, ihre Vorstellungswelt, ihre Einstellungen, Werte, Interessen, Ideologien und Verhaltensweisen. Es entsteht „Klassenbewusstsein“ (Marx), „Schichtmentalität“ (Geiger), „Klassenhabitus“ (Bourdieu). Die Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Lagen und Mentalitäten oder Habitus werden nicht deterministisch nach der Formel „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ gedeutet, sondern als „typische“ (Geiger), d.h. mehr oder weniger wahrscheinliche Zusammenhänge aufgefasst, die mehr oder weniger stark ausgeprägt sein können. Die Statistik spricht in diesem Fall von stochastischen Zusammenhängen.

(3) Hauptziel gesellschaftskritisch angelegter Klassen- oder Schichtanalysen ist der dritte Schritt: Es wird untersucht, wie stark die sozio-ökonomischen Lagen und die damit zusammenhängenden Mentalitäten oder Habitus die Lebenschancen und Lebensrisiken beeinflussen, wie stark bestimmte Schichten oder Klassen privilegiert oder benachteiligt sind. Für diese Zusammenhänge gilt dasselbe wie bei Schritt 2: Sie werden nicht als deterministische, sondern als typische interpretiert (Abbildung 22).

Abbildung 22:

Klassen – Schichten – Paradigma

Wie eine Gesellschaft dann konkret in Schichten oder Klassen untergliedert wird, wie viele es gibt und wo die Grenzen verlaufen, fällt sehr unterschiedlich aus. Zahlen, Grenzen und Benennung der Schichten oder Klassen beruhen auf „informierter Willkür“ und hängen auch vom Erkenntnisziel und von der Datenlage ab.

Klassen- oder Schichtstrukturen – wir verwenden im Folgenden die Begriffe Schicht und Klasse synonym – werden häufig als grafische Modelle dargestellt – z. B. als Zwiebel (Bolte) oder Haus (Dahrendorf, Geißler). Die Schichten werden darin durch Grenzlinien voneinander getrennt. Bei der Interpretation derartiger Modelle muss darauf geachtet werden, dass Schichten oder Klassen in den hochkomplexen modernen Gesellschaften keine klar gezogenen Grenzen aufweisen, sie gehen vielmehr ineinander über und überlappen sich. Die Zusammenhänge zwischen den objektiven sozio-ökonomischen Lagen, den subjektiven Befindlichkeiten und Dispositionen sowie den Lebenschancen haben sich zum Teil gelockert und sind auch auf den ersten Blick schwerer wahrnehmbar geworden.

In Westeuropa und Nordamerika werden Klassen und Schichten völlig unbefangen als unverzichtbare Konzepte bei der Analyse der modernen Sozialstrukturen eingesetzt. Unter deutschen Sozialstrukturforschern hat sich dagegen seit Mitte der 1980er Jahre ein Unbehagen am vertikalen Modell breitgemacht. Es entwickelte sich eine in-

tensive Kontroverse darüber, ob sich Klassen und Schichten im Zuge der Modernisierung auflösen oder bereits aufgelöst haben. Vertreter der Auflösungstheorie wie Ulrich Beck (1986) oder Stefan Hradil (1987) dominierten den Mainstream der deutschen Sozialstrukturanalyse der 1990er Jahre. Dieser geht davon aus, dass sich klassen- oder schichttypische Subkulturen und Identitäten durch Wohlstandsanstieg und Bildungsexpansion, durch die fortschreitende Diversifizierung der Lebenslagen sowie durch die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile zunehmend entstrukturieren. Schichten und Klassen verschwinden danach zunehmend aus der alltäglichen Lebenswelt und werden von den sozialen Akteuren nicht mehr wahrgenommen. Für die vielen Anhänger der Auflösungsthese bzw. Entstrukturierungsthese, wie sie häufig genannt wird, ist das Klassen-Schichten-Modell ein Modell von gestern, das der Sozialstruktur von heute – einer Gesellschaft „jenseits von Klasse und Schicht“ (Beck 1986: 121 ff.) – nicht mehr gerecht wird. So wie ihr Vorläufer in den 1950er Jahren – die Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft von Helmut Schelsky – strahlte auch die neue Theorie der Klassenlosigkeit in die Öffentlichkeit aus und beeinflusste die Interpretation des sozialstrukturellen Wandels in Gesellschaft und Politik. So kam es vor knapp vier Jahren im Zusammenhang mit einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Neugebauer 2007) zu den politischen Milieus in-

nerhalb der SPD zu einer überraschenden Debatte darüber, ob es in Deutschland noch Schichten gibt. Dem lapidaren Statement von Franz Münterfering „Es gibt keine Schichten in Deutschland“ hält Wolfgang Thierse ein „Wir leben in einer ... Klassengesellschaft“ entgegen (zitiert nach Bannas 2006: 4).

Kritiker der Auflösungstheorie wie Michael Vester (1993) oder Rainer Geißler (1996, 1998) belegen bereits in den 1990er Jahren mit empirischen Daten, dass wichtige Lebenschancen wie Chancen auf eine gute Bildung, auf einen qualifizierten Arbeitsplatz, auf politische Teilnahme oder auf Nutzung wichtiger Informationen im Internet („digitale Kluft“) auch heute noch in hohem Maße schichttypisch verteilt sind. Dasselbe gilt für Risiken wie Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Kriminalisierung.

Auch im Alltagsbewusstsein der sozialen Akteure sind Schichten oder Klassen nach wie vor präsent. Norbert Elias (1989: 61) betont zu Recht, dass „das Erleben der Schichtung durch die Beteiligten selbst zu den konstituierenden Elementen der Schichtstruktur gehört“. Umfragen unter Studierenden sowie unter Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben zeigen, dass fast alle ihre soziale Umwelt als hierarchisch gegliedert erleben. Nur drei Prozent der Studierenden und sechs Prozent der industriellen Arbeitnehmer einschließlich der Manager gehen davon aus, dass es in der heutigen deutschen Gesellschaft keine Klassen oder Schichten mehr gibt. Die Vorstellungen über die konkreten Konturen dieser vertikalen Struktur sind unterschiedlich. Bei einer Mehrheit zeichnet sich eine grobe Dreiteilung in Oben-Mitte-Unten ab, die teilweise unterschiedlich benannt oder mit weiteren Differenzierungen versehen wird. So taucht bei Facharbeitern und Meistern häufig die Variante Oben-Mitte-Arbeiter-Unten auf und bei un- und angelernten Arbeitern das Modell Oberschicht-Mittelschicht-Arbeiterschicht (Geißler/Weber-Menges 2006). Eine neue repräsentative Umfrage bestätigt, dass die sozialen Akteure ihre soziale Umwelt weiterhin vor allem als eine geschichtete Gesellschaft wahrnehmen. Auf die Frage „Was sind in Deutschland die eigentlichen Gegensätze: Was trennt, was unterscheidet die Menschen in unserer Ge-

sellschaft vor allem?“ antworteten 74 Prozent der Bevölkerung mit „die soziale Schicht, zu der man gehört“. Häufig genannt werden auch die damit zusammenhängenden Unterschiede nach Einkommen (65 Prozent), Bildung (58 Prozent) und Besitz (52 Prozent). Unterschiede nach Alter/Generation (41 Prozent), Familienstand (31 Prozent), Ost-West (31 Prozent), Stadt-Land (27 Prozent), Religion (27 Prozent) oder verschiedenen Einstellungen (19 - 27 Prozent) sind lediglich zweit- oder drittrangig (Köcher 2009). Die Auflösungstheorie ist offensichtlich eine akademische Konstruktion, die am Schreibtisch und Computer entworfen wurde und von den alltäglichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der sozialen Akteure weit entfernt ist.

In den letzten Jahren ist es um die Auflösungstheorie stiller geworden. Die skizzierte Polarisierung des Wohlstands, zunehmende Armut und Prekarität sowie die wiederbelebte öffentliche Debatte um die deutsche Altlast Bildungsungleichheit haben ein Umdenken eingeleitet und lassen das Pendel zurückschwingen. Im Mai 2010 fand an der Universität Duisburg-Essen eine Tagung der Sozialstrukturanalysen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Wiederkehr der Klassengesellschaft?“ statt. Sie macht deutlich, dass die Klassengesellschaft inzwischen in die Köpfe der deutschen Sozialstrukturforscher zurückkehrt, in der sozialen Realität war sie nie verschwunden. So haben sich z. B. die Bildungschancen der Kinder aus verschiedenen Schichten, ein Gymnasium oder eine Universität zu besuchen, im Zuge der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte nicht angenähert, sondern weiter voneinander entfernt (Geißler 2010: 282 ff.; Geißler/Weber-Menges 2010). Neueste Untersuchungen belegen, dass sich die wichtigen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt sehr gut in Klassenmodellen abbilden lassen (Diewald/Faist 2010), dass soziale Netzwerke deutlich nach Bildungsniveau geschichtet sind (Fuhse 2010) und dass die berufliche Klassenzugehörigkeit im Lebenslauf erstaunlich stabil ist (Groh-Samberg/Hertel 2010).

Die Erklärungskraft des Klasse-Schicht-Modells soll abschließend am aktuellen Beispiel, der schichttypischen Bildungschancen verdeutlicht

werden. Nach dem Abebben der Debatte um die ungleichen Bildungschancen in den 1960er Jahren, z.B. um die erheblich benachteiligten „Arbeiterkinder an deutschen Universitäten“ (Dahrendorf 1965), breitete sich in Deutschland unter Politikern, aber auch unter Sozial- und Erziehungswissenschaftlern die Illusion der Chancengleichheit im deutschen Bildungswesen aus (vgl. Geißler 2004). Die PISA-Studien haben das Problem der Bildungsungleichheit in die Öffentlichkeit und in die Wissenschaften, wo nur noch von wenigen Außenseitern dazu geforscht wurde, zurückgeholt. PISA zeigt, dass die Schulleistungen in Deutschland stärker mit dem sozioökonomischen Status zusammenhängen als in den meisten OECD-Ländern. Im Hinblick auf die Bildungs-

beteiligung – auf den Besuch von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien – werden diese Zusammenhänge mit einem 6-Klassen-Modell, das international häufig eingesetzt wird³, anschaulich belegt (Abbildung 23).

Auch ein Aspekt des komplexen Ursachengefüges, das für diese klassentypischen Ungleichheiten verantwortlich ist, lässt sich mit dem Klassen-Modell gut belegen: die klassentypische Abweichung der Bildungsbeteiligung vom meritokratischen Modell. Jugendliche aus Familien der oberen Dienstklasse besuchen sechsmal häufiger ein Gymnasium als Jugendliche aus Facharbeiterfamilien. Wenn man die Leseleistung und die kognitiven Grundfähigkeiten der 15-Jährigen kontrolliert, sind die gymnasialen Chancen der

Abbildung 23:

Klassenspezifischer Schulbesuch von 15-Jährigen im Jahr 2000 (in %)

Klasse der Bezugsperson	Sonderschule	Hauptschule	Realschule	IGS	Gymnasium
Obere Dienstklasse	(1,6)	13	29	4	52
Untere Dienstklasse	(0,3)	14	32	9	45
Selbstständige (bis neun Mitarbeiter)	(0,8)	29	35	8	28
Routinedienstleistungen	(4)	28	32	12	24
Facharbeiter	(3)	34	37	10	16
Un-/angelernte Arbeiter	(7)	41	30	12	11

() kleine Fallzahlen

Obere Dienstklasse: führende Angestellte, höhere Beamte, freie akademische Berufe, Selbstständige ab 10 Mitarbeiter.

Untere Dienstklasse: mittlere und gehobene Angestellte und Beamte.

Quelle: Baumert/Schümer 2001: 355 (Datenbasis: PISA 2000) – Die Prozentwerte wurden von den Autoren zur Verfügung gestellt.

3 Das sogenannte EPG-Modell ordnet Berufspositionen nach Art der Tätigkeit, Weisungsbefugnis, Stellung im Beruf und erforderlichen Qualifikationen (Ericson/Goldthorpe/Portocarero 1979).

Jugendlichen aus der oberen Dienstklasse immer noch um das Dreifache höher (Baumert/Schümer 2002: 167, 169). Nur die Hälfte der schichttypischen Ungleichheit lässt sich also meritokratisch erklären, die andere Hälfte ist einem leistungsun-

abhängigen schichttypischen Filter geschuldet. Die Prozentwerte in Abbildung 24, wo das 6-Klassen-Modell auf zwei Klassen komprimiert ist, machen die schichttypischen Abweichungen vom meritokratischen Modell anschaulich deutlich.

Abbildung 24:

Besuch des Gymnasiums nach Klasse und Leistung (15-Jährige in %)

	alle	Leistung*		
		gut	mittel	schlecht
obere / untere Dienstklasse	66	86	65	35
Facharbeiter / Un- und Angelernte / Landarbeiter	30	63	35	13

* gemittelter Index aus Lesekompetenz und dem Mittel aus Deutsch- und Mathematiknote

Quelle: Zusammengestellt nach Müller-Benedikt 2007: 623, 626 (Datenbasis: PISA 2000).

2. Soziale Lagen

Die Entwicklung der Modelle der sozialen Lagen in den 1980er Jahren markiert die Erweiterung der traditionellen Schicht- und Klassenanalyse zur *mehrdimensionalen Ungleichheitsforschung*. Lagenmodelle vermeiden die Beschränkung auf die vertikale Dimension und beziehen neben den vertikalen Ungleichheiten auch sogenannte „*horizontale*“ Ungleichheiten mit ein, um der Mehrdimensionalität der Ungleichheitsstruktur besser gerecht zu werden. Mit dem etwas missverständlichen Ausdruck „horizontal“ sind Ungleichheiten gemeint, die mehr oder weniger „quer“ zu den Klassen- und Schichtstrukturen liegen und sich nicht völlig mit diesen decken. Dazu gehören Ungleichheiten nach Geschlecht, Alter und ethnischer Herkunft, regionale Ungleichheiten wie z. B. zwischen Ost- und Westdeutschland oder Ungleichheiten nach Familienstand wie zwischen kinderreichen Familien und kinderlosen Paaren. Im Zentrum der Lagenmodelle steht das Zusammenwirken verschiedener Merkmale bei der Zuweisung von Privilegien und Benachteiligungen wie z. B. Berufsposition, Alter, Geschlecht und Region – oder anders formuliert: Im Zentrum steht die Suche nach bestimmten Merkmalskonstellationen, durch die sich privilegierte bzw. benachteiligte Lagen auszeichnen. Diese Merkmalskombinationen werden als Handlungskontexte verstanden, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Als Theoretiker des Lagenmodells ist Stefan Hradil (1983, 1987) hervorgetreten. Wolfgang Zapf und sein Team am Wissenschaftszentrum Berlin haben das Lagenmodell 1987 in einer spezifischen Variante als Erste in der sozialpolitisch orientierten empirischen *Wohlfahrtsforschung* eingesetzt (Zapf 1989) und damit eine Tradition begründet, die bis heute in den regelmäßig erscheinenden „*Datenreports*“ fortgesetzt wird.

Das Lagenmodell der Wohlfahrtsforschung untergliedert die erwachsene Bevölkerung nach sozial bedeutsamen Merkmalen in verschiedene soziale Lagen und untersucht, wie „objektive Wohlfahrt“ (materielle Ressourcen wie Einkommen, Wohneigentum u. ä.) und „subjektive Wohlfahrt“ (Lebenszufriedenheit, Realisierung von Lebensvorstellungen u. ä.) mit den verschiedenen sozialen Lagen verbunden sind. Traditionell ist bei dieser Art der Analyse die Verknüpfung von objektiven Ressourcen mit subjektiven Befindlichkeiten in verschiedenen sozialen Lagen. Neu ist die Mehrdimensionalität, die Kombination von mehreren ungleichheitsrelevanten Merkmalen bei der Ermittlung der sozialen Lagen. An Abbildung 25 werden neben dem traditionellen vertikalen Schichtkriterium Berufsstatus noch die horizontalen Kriterien Nichterwerbstätigkeit, Alter (bis / über 60 Jahre), Geschlecht und Region (West-Ost) herangezogen. Bei der Kombination dieser Kriterien entstehen Modelle mit 32 bzw. 64 sozialen Lagen. Sie ermöglichen einen relativ differenzierten Blick auf die Verteilung der objektiven und subjektiven Wohlfahrt in der deutschen Bevölkerung.

Abbildung 25 zeigt zunächst – wie die vertikalen Modelle auch – die Kumulation von Privilegien in den statushöheren Berufsgruppen, bei höheren und gehobenen Dienstleistern und Selbstständigen insbesondere in Westdeutschland sowie die Anhäufung von Benachteiligungen in den unteren Ebenen der Schichtungshierarchie, bei Arbeitslosen und un- und angelernten Arbeitern, insbesondere in Ostdeutschland. Andere Kategorien – z. B. die sozialen Lagen von Studierenden, Vorruehstählern und Rentnern bzw. Pensionären – gehen über den Rahmen der vertikalen Modelle hinaus.

Abbildung 25:

Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland 2006

	Soziale Lagen						Äquivalenzeinkommen unteres Fünftel		Äquivalenzeinkommen oberes Fünftel		Einstufung Oben-Unten-Skala ²		Lebensvorstellung realisiert ³		Gerechter Anteil ⁴	
	West		Ost		Männer	Frauen	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Männer	Frauen	Männer	Frauen												
bis 60 Jahre	in % ¹						in %		in %		Mittelwert		in %			
Leit. Ang. / Höhere Beamte	0,7	0,4	0,3	0,4			0	-	65	-	6,6		82	-	83	-
Hochqual. Ang. / Geh. Beamte	6,4	4,5	3,9	4,6			2	10	53	35	6,4	6,1	65	61	78	58
Qual. Ang. / Mittl. Beamte	4,3	8,6	3,6	7,8			4	13	29	16	5,7	5,3			65	42
Einf. Ang. / Beamte	1,3	2,9	0,7	3,6			15	20	14	7	5,2	5,0	53	46	53	46
Meister / Vorarbeiter	1,9	0,2	1,9	0,3			3	0	26	20	5,9	5,4	56	-	55	38
Facharbeiter	6,1	0,9	9,0	2,8			8	18	17	7	5,3	5,0	43	29	59	26
Un-, angelernte Arbeiter	2,2	1,8	1,2	1,9			34	39	15	6	4,6	4,7	29	-	52	24
Selbstständige, freie Berufe	3,3	2,5	4,0	2,0			12	11	39	28	6,3	5,6	61	39	71	46
Arbeitslose	2,6	1,7	5,6	6,2			61	75	3	1	4,3	3,8	25	16	35	18
Hausfrauen / -männer	0,1	7,3	-	0,9			20	-	10	-	5,7	-	50	-	67	-
Studium / Lehre	1,9	2,1	2,2	2,2			29	38	26	15	6,1	5,5	61	70	73	70
Vorruhestand	1,2	0,8	1,2	1,7			20	50	27	7						
Noch nie / nicht erwerbstätig	0,4	1,2	0,8	0,5			57	-	10	-	5,0	-	35	-	65	-
61 Jahre und älter																
Noch erwerbstätig	1,6	1,1	1,0	0,8			3	-	56	-	6,0	5,8			81	45
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,5	6,3	6,0	5,9			25	28	6	0	5,0	4,8	63	55	56	33
Rentner (ehem. Ang. / Beamte)	7,4	8,4	5,0	9,2			6	21	27	6	5,9	5,3	72	71	74	39
Rentner (ehem. Selbst.)	1,9	0,9	1,7	1,3			26	27	31	0	5,8	5,1			62	

- Fallzahl zu gering

¹ alle Männer + Frauen West sowie alle Männer + Frauen Ost jeweils 100 %

³ Vorstellungen über das, was man im Leben erreichen wollte, haben sich „erfüllt/ mehr als erfüllt.“ Daten von 2004

² Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10

⁴ Anteil „gerecht/ mehr als gerecht“

Quelle: Zusammengestellt nach Habich/Noll 2008: 174 ff. und 2006: 590 (Datenbasis: ALLBUS 2006 und 2004).

So gehören *Studierende* in Westdeutschland und noch mehr in Ostdeutschland zu den Privilegierten beim subjektiven Wohlstand, obwohl viele nur über knappe finanzielle Ressourcen verfügen. Eine deutliche Mehrheit gibt an, dass sich das, was man im Leben erreichen wollte, erfüllt oder mehr als erfüllt hat und dass ihr Anteil am Lebensstandard gerecht oder mehr als gerecht ist. Die ostdeutschen Studierenden sind bei diesen beiden Items die Spitzenreiter von allen Kategorien der Erwerbstätigen, Nichterwerbstätigen und Ruheständler.

Die *älteren Ostdeutschen* gehören dagegen zu den Problemgruppen. Bei ihnen wird die Meinung, ihr Anteil am Lebensstandard sei gerecht oder mehr als gerecht, im Vergleich zu den Westdeutschen besonders selten geäußert. Dies gilt für ehemalige Arbeiter, Dienstleister und Selbstständige

gleichermaßen und auch für diejenigen, die mit 61 Jahren noch erwerbstätig sind. Auch die ostdeutschen *Vorruheständler* – Frauen sind von dieser Situation fast doppelt so häufig betroffen wie Männer – sind bei den Einkommen erheblich benachteiligt. Die Hälfte von ihnen befindet sich im untersten Einkommensquintil (West 20 Prozent) und nur sieben Prozent im obersten (West 27 Prozent).

Das Lagenmodell ist gut geeignet, über Merkmalskonstellationen spezifische benachteiligte und privilegierte Gruppen ausfindig zu machen. Es stößt aber auch schnell an seine Grenzen und wird „überkomplex“. Obwohl im Beispiel der Abbildung 25 wichtige Ungleichheitskriterien wie ethnische Herkunft, Familienstand und Generation fehlen, ist es bereits schwierig, eine klare Gesamtstruktur der privilegierten und benachteiligten sozialen Lagen zu erkennen.

3. Soziale Milieus

Beim Modell der sozialen Milieus lassen sich zwei Varianten unterscheiden: das Marktforschungsmodell und das klassentheoretische Modell.

Das *Marktforschungsmodell*, die sogenannten *Sinus-Milieus*, wurden in den 1980er Jahren vom Sinus-Institut entwickelt (Nowak/Becker 1985). Es dient bis heute der „Zielgruppenorientierung“ in „der Produktentwicklung, dem Marketing und der Kommunikationsplanung“ (Sinus 2005: 2). Ausgangspunkt der Analyse ist nicht – wie bei Klassen und Schichten oder bei den sozialen Lagen – die Gliederung der Gesellschaft nach „objektiven“ Merkmalen oder Merkmalskonstellationen, sondern eine Gliederung nach „subjektiven“ Merkmalen. Das Milieu-Modell setzt kulturalistisch an und gruppiert Menschen nach ähnlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen. Die Angehörigen der verschiedenen Milieus unterscheiden sich tendenziell in ihren Wertorientierungen und Lebenszielen, in ihren Einstellungen zu Arbeit, Freizeit, Familie, Geld oder Konsum, in ihren Zukunftsperspektiven, politischen Grundüberzeugungen und Lebensstilen. Die empirische Grundlage der Sinus-Milieus ist repräsentatives Interviewmaterial; dieses wird mit Hilfe von Ähnlichkeitsmessungen, insbesondere mit Clusteranalysen, systematisch ausgewertet. Abbildung 26 zeigt die Ergebnisse für 2009: Die deutsche Bevölkerung wird zu zehn Milieus gruppiert, die dann in einem zweiten Schritt mit der vertikalen Dimension der Sozialstruktur in Beziehung gesetzt werden. Mit Hilfe eines groben Drei-Schichten-Modells wird gezeigt, auf welchen Ebenen der Schichtungshierarchie die verschiedenen Milieus verankert sind.

Die zweite Variante, das *klassentheoretische Milieu-Modell*, ist von seinen Erkenntnisinteressen her mit dem Klassen-Schichten-Modell verwandt. Es wurde von der Hannoveraner Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung

(agis) in starker Anlehnung an das klassische Werk von Pierre Bourdieu (1979) entwickelt. Dieser hatte Klassentheorie und Lebensstilforschung eng miteinander verzahnt. Auch Michael Vester u. a. (1993: 2001) setzen die Sinus-Milieus ein, aber sie verknüpfen diese mit der Klassenanalyse und gehen dabei auch den sozialkritischen Fragestellungen der traditionellen Ungleichheitsforschung nach. Der Ausgangspunkt des klassentheoretischen Milieu-Modells gleicht dem Marktforschungsmodell: Die Bevölkerung wird zunächst nach ihren „sozialen Einstellungen und Vorstellungen (»Dispositionen«)“ (Vester 2007: 38) zu Milieus gruppiert. Bei deren Verankerung auf der vertikalen Dimension wird dagegen – anders als im Marktforschungsmodell – auch auf Merkmale vertikaler Ungleichheit wie Berufsgruppen, Macht und Ohnmacht, Privilegien und Benachteiligungen, Distinktion und Ausgrenzung geachtet (Abbildung 27).

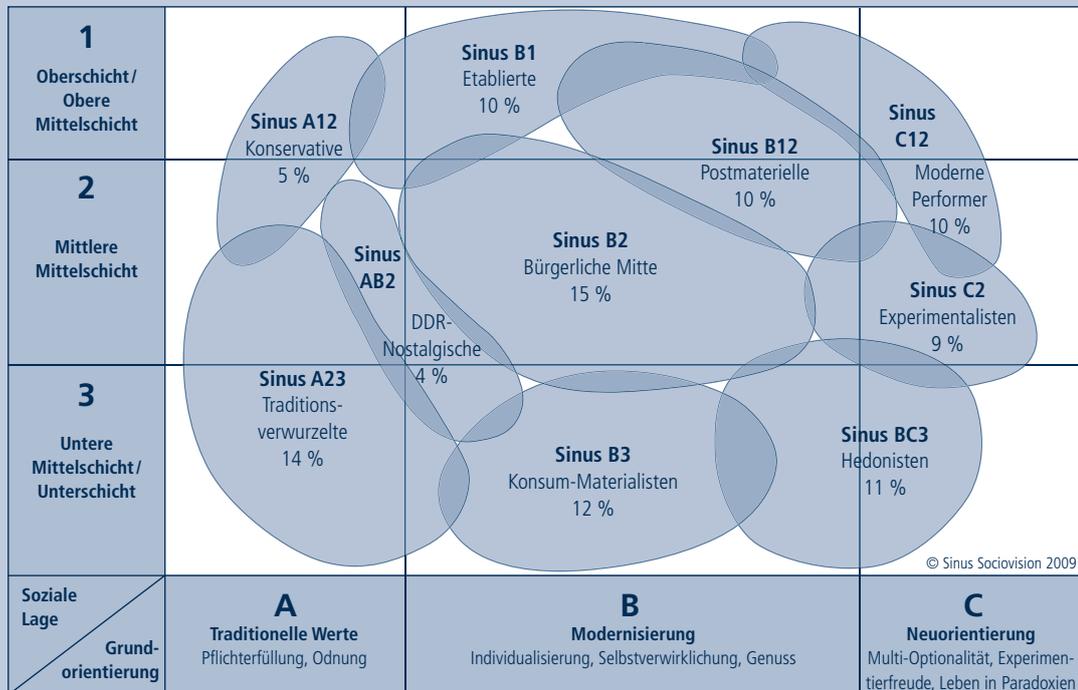
Im Vergleich zum Klassen-Schichten-Modell fallen drei analytische Besonderheiten der Milieu-Modelle auf:

(1) Beide Varianten sind in der Lage, die soziokulturellen Differenzierungen auf den verschiedenen Ebenen der vertikalen Hierarchie besser zu erfassen. Ermittelt wird nicht nur das „typische“ Milieu einer Schicht, sondern mehrere, nebeneinander existierende Milieus derselben Schicht. Auf allen Ebenen der Schichthierarchie gibt es mehrere Milieus. In der umfangreichen gesellschaftlichen Mitte sind diese zahlreicher als oben und unten.

(2) Das Marktforschungsmodell zeigt in seiner Grafik an, dass die Hälfte der zehn Milieus im Wesentlichen auf einer Ebene der Schichtungshierarchie verankert ist – oben die Etablierten, in der Mitte die Experimentalisten und die bürgerliche

Abbildung 26:

Sinus-Milieus 2009



Gesellschaftliche Leitmilieus

- Etablierte (10 %): Das selbstbewusste Establishment: Erfolgs-Ethik, Machbarkeitsdenken und ausgeprägte Exklusivitätsansprüche.
- Postmaterielle (10 %): Das aufgeklärte Nach-68er-Milieu: Liberale Grundhaltung, postmaterielle Werte und intellektuelle Interessen.
- Moderne Performer (10 %): Die junge, unkonventionelle Leistungselite: intensives Leben – beruflich und privat, Multi-Optionalität, Flexibilität und Multimedia-Begeisterung.

Traditionelle Milieus

- Konservative (5 %): Das alte deutsche Bildungsbürgertum: konservative Kulturkritik, humanistisch geprägte Pflichtauffassung und gepflegte Umgangsformen.
- Traditionsverwurzelte (14 %): Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegsgeneration: verwurzelt in der kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur.
- DDR-Nostalgische (4 %): Die resignierten Wende-Verlierer: Festhalten an preußischen Tugenden und altsozialistischen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität.

Mainstream-Milieus

- Bürgerliche Mitte (15 %): Der statusorientierte moderne Mainstream: Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen.
- Konsum-Materialisten (12 %): Die stark materialistisch geprägte Unterschicht: Anschluss halten an die Konsum-Standards der breiten Mitte als Kompensationsversuch sozialer Benachteiligungen.

Hedonistische Milieus

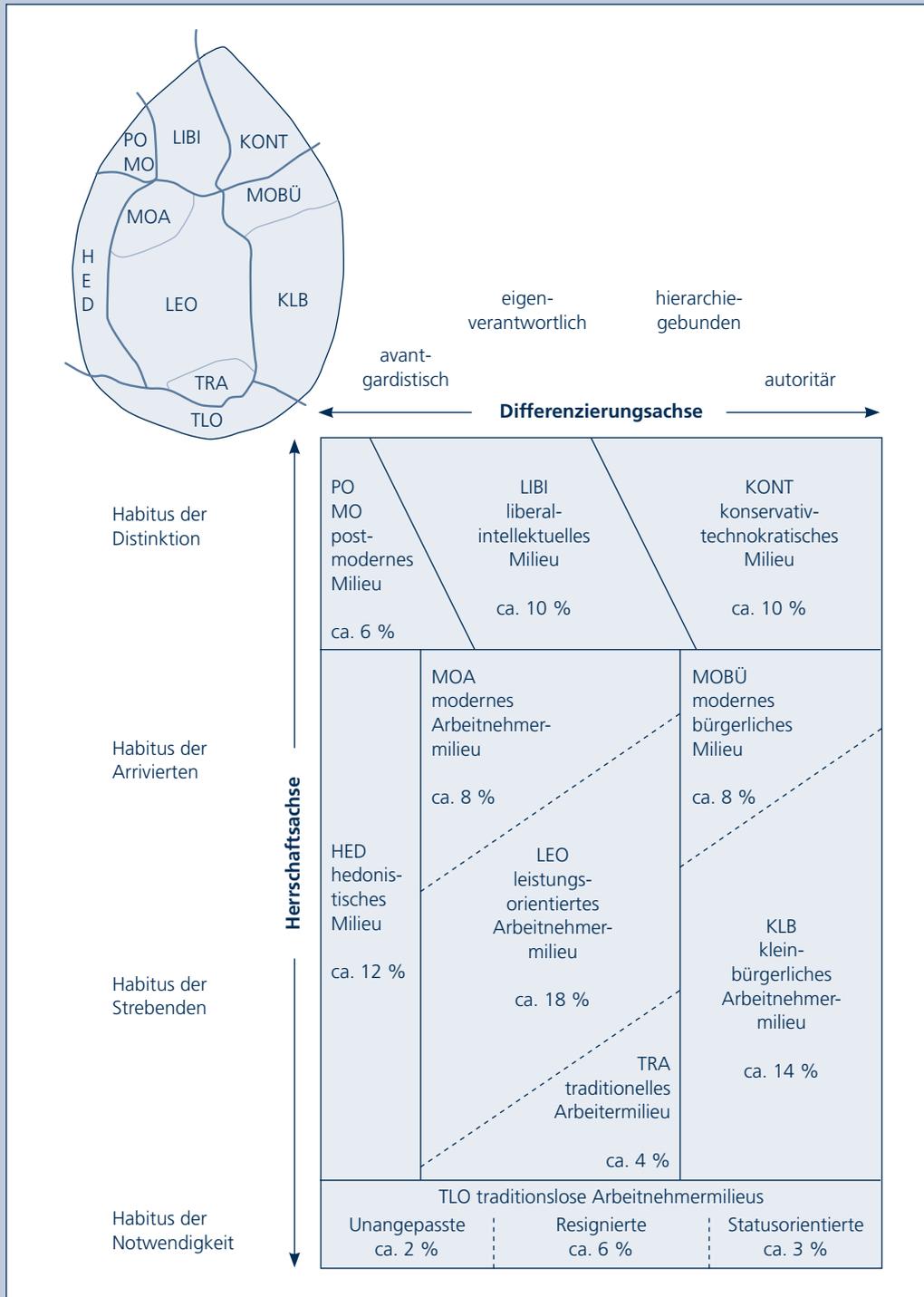
- Experimentalisten (9 %): Die extrem individualistische neue Bohème: Ungehinderte Spontaneität, Leben in Widersprüchen, Selbstverständnis als Lifestyle-Avantgarde.
- Hedonisten (11 %): Die Spaß-orientierte moderne Unterschicht/untere Mittelschicht: Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft.

Ausführliche Beschreibungen der Milieus bei Sinus Sociovision 2009.

Quelle: Sinus Sociovision 2009.

Abbildung 27:

Agis-Milieus West 2000



Quelle: Vester 2004: 151.

Mitte, unten die Konsum-Materialisten und die Hedonisten. Die anderen fünf Milieus sind schichtübergreifend auf zwei benachbarte Ebenen verteilt. Auch die auf Seite 34 skizzierten Vorstellungen der „typischen“ Zusammenhänge von objektiven sozio-ökonomischen Lagen und subjektiven Befindlichkeiten gehen ebenfalls von Überlappungen zwischen den Schichten bzw. Klassen aus, so wie auch das klassentheoretische Modell der sozialen Milieus. Die Überlappungen werden jedoch nicht genau aufgezeigt und grafisch verdeutlicht.

(3) Die Entwicklungen von Umfang und inhaltlichen Ausprägungen der Sinus-Milieus werden in der Marktforschung regelmäßig und in der klassentheoretischen Milieuforschung ab und zu (z. B. bei Vögele/Bremer/Vester 2002) empirisch überprüft. Diese Längsschnittanalysen zeigen, dass die Milieus durch kulturellen und sozialen Wandel ständigen Veränderungen unterworfen sind (vgl. Vester 2007; Hradil/Schmidt 2007: 211-215). Die Milieustruktur wird insbesondere in der gesellschaftlichen Mitte „pluralistischer“, und moderne Milieus wie Hedonisten, Experimentalisten und Moderne Performer nehmen auf Kosten traditionell orientierter Milieus wie Konservative zu.

Soziale Milieus lassen sich auch zur Analyse von Teilgruppen der Gesamtgesellschaft einsetzen. So hat das Sinus-Institut in einer qualitativen Studie die Menschen mit Migrationshintergrund untersucht und ermittelt, dass es Migrantenmilieus mit bestimmten ethnischen Schwerpunkten gibt. Dennoch determiniert die Herkunftskultur die Milieus nicht. In denselben Milieus finden sich Menschen aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen und in denselben ethnischen Gruppen gibt es verschiedene soziale Milieus (Sinus Sociovision 2007).

Bisher fehlt es weitgehend an vergleichenden Analysen dazu, ob sich die Lebenschancen der Menschen besser durch Klassen und Schichten oder besser durch soziale Milieus erklären lassen. Eine Gegenüberstellung der klassenspezifischen Bildungschancen in den PISA-Studien (Abbildung 23) und der Bildungschancen in den klassentheoretisch geordneten Milieus (Vester 2007: 37) deutet darauf hin, dass das Klassen-Schichten-Modell die Bildungsungleichheit klarer zum Ausdruck bringt als das auf der vertikalen Struktur z.T. widersprüchliche klassentheoretische Milieu-Modell.

4. Exklusion – Inklusion

Das Modell Exklusion-Inklusion ist das jüngste der vier Modelle. Sein zentrales Konzept der *Exklusion* – in der genuin deutschen Sprache lässt sich Exklusion am besten als *soziale Ausgrenzung* bezeichnen – beginnt seine Karriere in den 1990er Jahren in Frankreich bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der sog. neuen Armut, der Arbeitslosigkeit und der räumlichen Segregation (z.B. Danzelot 1991). Wichtige Impulse für die weitere Ausbreitung in Europa kommen aus dem politischen Raum: Seit den 1990er Jahren kämpft die Kommission der Europäischen Union gegen die „social exclusion“. Heute werden diese fortdauernden Bemühungen u. a. daran sichtbar, dass das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ ausgerufen wurde. Die deutsche Sozialforschung reagierte mit einiger Verzögerung, aber seit Ende der 1990er Jahre greift auch sie das Exklusion-Konzept häufiger auf (z.B. Kronauer 1997 und 2002) und verwendet es in zahlreichen, zum Teil umstrittenen Varianten.

Vom Klassen-Schichten-Modell unterscheidet sich das Exklusion-Inklusion-Modell in drei wesentlichen Punkten.

(1) Das analytische Zentrum wird nicht mit der Metapher des *vertikalen Oben-Mitte-Unten* erfasst, sondern mit der Metapher des *bipolaren Drinnen und Draußen*. Es geht nicht darum, wer oben, in der Mitte oder unten ist, sondern darum, wer drinnen oder draußen ist.

(2) Der Metaphorik der Drinnen und Draußen macht auch die zweite Abweichung vom vertikalen Modell und in diesem Punkt auch vom Modell der sozialen Lagen deutlich: Soziale Ungleichheit wird *nicht* als *graduell abgestufte Ungleichheit* zwischen verschiedenen Schichten, Geschlechtern, Altersgruppen u. ä. erfasst, sondern

im Zentrum der Analyse steht ein gesellschaftlicher *Bruch*, ein Riss durch die Gesellschaft, eine *Spaltung* der Gesellschaft in Zugehörige und Ausgeschlossene, „Überzählige“ (Marx), Überflüssige, an den Rand Gedrängte, Marginalisierte. Im Focus stehen die *extrem Benachteiligten*, denen ein Platz im anerkannten gesellschaftlichen Gefüge verweigert wird. Exklusion wird dabei *mehrdimensional* analysiert. Wichtige Dimensionen sind die bereits erwähnten Ausgangspunkte Arbeitslosigkeit als Ausschluss vom Erwerbsleben, Armut sowie räumliche Ausgrenzung durch Wohnen und Leben in Armutsvierteln oder sozialen Brennpunkten. In den Blick genommen werden auch die Auflösung der sozialen Netzwerke, der Ausschluss von einer angemessenen politischen und kulturellen Teilnahme sowie psychische Folgen wie geschädigtes Selbstbild, lähmende Gefühle der Erniedrigung und Missachtung, der Chancen- und Perspektivlosigkeit. Mehrdimensionale Analyse meint nicht nur den Blick auf die verschiedenen Dimensionen von Exklusion, sondern auch die Erforschung der Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen, ihre wechselseitige kumulative Verstärkung.

(3) Die analytische Kraft des bipolaren Modells wird häufig erweitert im Anschluss an das Drei-Zonen-Konzept von Robert Castel. Es sieht zwischen den beiden Polen Exklusion-Inklusion eine Zwischenzone vor. Castel (2000: 13) nennt sie die Zone der *sozialen Verwundbarkeit* (vulnérabilité). In Deutschland wird Verwundbarkeit in der Regel durch *Prekarität* ersetzt (z.B. Vogel 2008). Die Zone der Prekarität verbindet das Drinnen mit dem Draußen. Sie lenkt den Blick auf Zonen der prekären Unsicherheit im Drinnen, auf Gruppen, deren Inklusion instabil geworden ist und die daher Gefahr laufen, ins Draußen zu rutschen und ausgegrenzt zu werden. So wird z.B. in der verti-

kalen Struktur eine „verunsicherte Mitte“ (Kronauer 2008: 258) ausgemacht mit versperrten Aufstiegschancen, schwindender Arbeitsplatzsicherheit, zunehmenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des Lebensstandards und unsicheren Zukunftsaussichten der Kinder.

Im Vergleich zu den anderen Modellen hat das Exklusion-Inklusion-Modell einen stark eingeschränkten Blickwinkel. Es ist fokussiert auf eine kleine Gruppe von *extrem Benachteiligten* sowie auf die gesellschaftlichen Gefahrenzonen, auf Gruppen, deren Position im Drinnen *prekär* geworden ist. Dabei muss hervorgehoben werden, dass dieser Focus auf extreme Benachteiligung und Prekarität von besonderer gesellschaftspolitischer Relevanz ist. Ein analytischer Vorteil des Modells besteht darin, dass es ermöglicht, Exklusionsprozesse und -risiken in vielen Bereichen der Sozialstruktur, in verschiedenen Schichten und Milieus ausfindig zu machen. Das Modell kann Ausgrenzungsprozesse und -risiken erfassen,

die z. T. „quer“ zur vertikalen Ungleichheitsstruktur liegen. Exklusion „passiert auf allen Ebenen und in den verschiedenen Milieus unserer Sozialwelt: In den Milieus der Unterprivilegierten genauso wie in den Arbeitnehmermilieus der Mitte, im ... Mittelstand der Ärzte, Therapeuten und Lehrer genauso wie im Bildungsbürgertum der Professoren, Pfarrer und Rechtsanwälte, in der Manager- und Bankerklasse genauso wie in den Reihen des Besitzbürgertums. Die Milieus teilen sich in relative Gewinner und relative Verlierer“ (Bude 2008: 34). Allerdings suggerieren diese aus Einzelbeobachtungen abgeleiteten Aussagen ein falsches Bild der Zonen von Exklusion und Prekarität. Quantitative Analysen (z. B. Böhnke 2006, Groh-Samberg 2009) belegen, dass soziale Ausgrenzung und Prekarität sehr deutlich schichttypisch ungleich verteilt sind. Das Exklusion-Inklusion-Modell erfasst soziale Realität dann am besten, wenn es in Kombination mit dem Klassen-Schichten-Modell eingesetzt wird.

5. Zusammenfassung

Die vier Modelle beleuchten unterschiedliche Aspekte der vieldimensionalen Sozialstruktur und ihrer Zusammenhänge. Mit einer Ausnahme – der Marktforschungsvariante der sozialen Milieus – steht bei allen Modellen die soziale Ungleichheit im Zentrum, d. h. die systematische Ungleichverteilung von Lebenschancen und deren Ressourcen.

Das Klassen-Schichten-Modell konzentriert sich auf die vertikale Dimension der graduell abgestuften Oben-Mitte-Unten-Unterschiede, die auch in modernen Gesellschaften weiterhin die Gesamtstruktur der ungleichen Lebenschancen dominiert. Daher bilden Klassen und Schichten auch einen zentralen Bestandteil der drei anderen Modelle.

Die Modelle der sozialen Lagen, sozialen Milieus und der Exklusion-Inklusion stellen unter-

schiedliche Fragen an die Ungleichheitsstruktur und erweitern in ihren Bereichen die analytische Kraft des Klassen-Schichten-Modells in spezifische Richtungen. Das Lagenmodell versucht, die Zusammenhänge der vertikalen Ungleichheit mit „horizontalen“ Ungleichheiten wie Geschlecht, Alter, Region u. a. zu erfassen, stößt dabei aber angesichts der hohen Komplexität dieser Strukturen schnell an Grenzen. Mit dem klassentheoretischen Milieumodell lassen sich unterschiedliche Einstellungen und Dispositionen innerhalb der Klassen sowie klassenübergreifende Einstellungen und Dispositionen analysieren. Das Exklusion-Inklusion-Modell ist bipolar angelegt und auf extrem benachteiligte Gruppen fokussiert sowie auf Zonen von Prekarität, die wiederum stark schichttypisch verteilt sind.

Literaturverzeichnis

- Alber, J.; Fliegner, F.; Hemker, J. 2010: Ungleichheit differenziert gemessen. Armut und materielle Not in der Europäischen Union. In: WZB-Mitteilungen 128 (Juni 2010), S. 7-10.
- Bannas, G. 2006: Im Berliner Planschbecken. In: FAZ vom 18.10.2006, S. 4.
- Baumert, J.; Schümer, G. 2001: Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. In: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Opladen, S. 323-407.
- Baumert, J.; Schümer, G. 2002: Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb im nationalen Vergleich. In: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen, S. 159-202.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.
- Böhnke, P. 2006: Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen.
- Böhnke, P. 2005: Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, S. 31-36.
- Bourdieu, P. 1979: La Distinction. Paris (deutsch: Die feinen Unterschiede. Frankfurt a. M. 1982)
- BpB (Bundeszentrale für politische Bildung) o. J.: Die soziale Situation in Deutschland.
<http://www.bpb.de/wissen/5ZCX6D.html> [13.8.2010]
- Bude, H. 2008: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Bonn.
- Burzan, N. 2008: Die Absteiger: Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34, S. 6-12.
- Castel, R. 2000: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Christoph, B. 2008: Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt/ Noll, H.-H.; Habich, R. (Hrsg.): Datenreport 2008, Bonn, S. 403-411.
- Christoph, B. 2004: Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, Bonn, S. 457-467.
- Christoph, B. 2002: Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. Bonn, S. 442-452.
- Dahrendorf, R. 1965: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen.
- Danzelot, J. (Hrsg.) 1991: Face à l'exclusion. Le modèle français. Paris.
- Diewald, M.; Faist, T. 2010: „Von Heterogenität zu Ungleichheiten“ statt „alte und neue Ungleichheiten“. Vortrag auf der Tagung „Wiederkehr der Klassengesellschaft?“ an der Universität Duisburg-Essen.
- Eichhorst, W.; Marx, P.; Thode, E. 2009: Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009, Bielefeld.
- Elias, N. 1984: Studien über die Deutschen. Frankfurt am Main.
- Erikson, R.; Goldthorpe, H. J.; Portocarero, L. 1979: Intergenerational class mobility in three Western European societies – England, France and Sweden. In: British Journal of Sociology 30, S. 341-415.

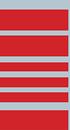
- Frick, J. R.; Grabka, M. M. 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht Nr. 4, S. 54 - 67.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2010: Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft. Bonn (WISO Diskurs).
- Fuhse, J. 2010: Klassen oder Schichten in Netzwerken. Vortrag auf der Tagung „Wiederkehr der Klassengesellschaft?“ an der Universität Duisburg-Essen.
- Geiger, T. 1962: Theorie der sozialen Schichtung. In: Ders.: Arbeiten zur Soziologie. Neuwied/Berlin 1962, S. 186-205 (zuerst 1955).
- Geißler, R. 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 6. Aufl. Wiesbaden.
- Geißler, R. 2004: Die Illusion der Chancengleichheit im Bildungssystem – von PISA gestört. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 24, S. 362-380.
- Geißler, R. 1998: Das mehrfache Ende der Klassengesellschaft. Diagnosen sozialstrukturellen Wandels. In: Friedrichs, J.; Lepsius, M. R.; Mayer, U. (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Opladen, S. 207-233.
- Geißler, R. 1996: Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48, S. 319-338.
- Geißler, R.; Weber-Menges, S. 2010: Bildungsungleichheit – eine deutsche Altlast. Die bildungssoziologische Perspektive. In: Barz, H. (Hrsg.): Handbuch Bildungsfinanzierung. Wiesbaden, S. 114-124.
- Geißler, R.; Weber-Menges, S. 2006: „Natürlich gibt es heute noch Schichten“ – Bilder der modernen Sozialstruktur in den Köpfen der Menschen. In: Bremer, H.; Lange-Vester, A. (Hrsg.): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Wiesbaden, S. 102 - 127.
- Glatzer, W. 2009: Gefühlte (Un)Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47, S. 15-20.
- Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. 2010: Polarisierung der Einkommen – Die Mittelschicht verliert. In: DIW-Wochenbericht Nr. 24, S. 2- 8.
- Grabka, M. M.; Frick, J. R. 2008: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht Nr. 10, S. 101-108.
- Groh-Samberg, O. 2009: Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Wiesbaden.
- Groh-Samberg, O.; Hertel, F. R. 2010: „Laufbahnklassen“. Zur empirischen Umsetzung eines dynamisierten Klassenbegriffs mit Hilfe von Sequenzanalysen. Vortrag auf der Tagung „Wiederkehr der Klassengesellschaft?“ an der Universität Duisburg-Essen.
- Habich, R.; Noll, H.-H. 2006: Soziale Schichtung und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006. Bonn, S. 584-596.
- Habich, R.; Noll H.-H. 2008: Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Statistisches Bundesamt; Noll, H.-H.; Habich, R. (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn, S. 173-187.
- Hauser, R.; Becker, I.; Grabka M. M.; Westerheide, P. 2007: Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Frankfurt a. M. u. a.
- Hradil, S. 2006: Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf ... Gesellschaftliche Mitte und drohender Statusverlust in der „Dienstleistungsgesellschaft“. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland. Frankfurt, S. 34-43.

- Hradil, S. 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen.
- Hradil, S. 1983: Die Ungleichheit der „Sozialen Lagen“: In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 101-118.
- Hradil, S.; Schmidt, H. 2007: Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Frankfurt, S. 163-226.
- Klös, H.-P.; Enste, D.-H. 2008: Aufstiegs- und Generationenmobilität – Wege in die gesellschaftliche Mitte. In: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Wege zur gesellschaftlichen Mitte – Chancen, Leistung und Verantwortung. Frankfurt, S. 32-49.
- Köcher, R. 2009: Der Statusfatalismus der Unterschicht. In: FAZ vom 16. Dezember 2009, S. 5.
- Kronauer, M. 1997: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan 25, S. 28-49.
- Kronauer, M. 2002: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. Frankfurt/New York.
- Kronauer, M. 2008: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. 2. aktual. u. erw. Aufl. Frankfurt/New York.
- Lengfeld, H.; Hirschle, J. 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittstudie 1984-2007. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, S. 379-389.
- Müller-Benedikt, V. 2007: Wodurch kann die soziale Ungleichheit des Schulerfolgs am stärksten verringert werden? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59, S. 615-639.
- NAVEND 2010: www.navend.de/html/kurden/migration/htm[4. 10. 2010]
- Neugebauer, G. 2007: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Nowak, H.; Becker, U. 1985: „Es kommt der neue Konsument“. Werte im Wandel. In: Form Nr. 111, S. 13-17.
- Pollak, R. 2008: Soziale Mobilität. In: Statistisches Bundesamt/Noll, H.-H./Habich, R. (Hrsg.). Datenreport 2008. Bonn, S. 180-187.
- Schupp, J. 2010: Aspekte sozialer Ungleichheit in Deutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 59, S. 6-22.
- Sinus Sociovision 2005. Informationen zu den Sinus-Milieus 2005. Heidelberg.
- Sinus Sociovision 2007: Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund. Eine qualitative Untersuchung von Sinus Sociovision. Auszüge aus dem Forschungsbericht. Heidelberg.
- Sociovision 2010: Sinus-Milieus. www.sociovision.de/loesungen/sinus-milieus.html [22. 7. 2010].
- StBA 2006 (Statistisches Bundesamt): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- StBA 2010 (Statistisches Bundesamt): Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Wiesbaden (Fachserie 1 Reihe 2.2).
- SVR 2009 (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Jahresgutachten 2009/10. Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Wiesbaden.
- SVR 2010 (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin.

- Vester, M. 2007: Soziale Milieus in Bewegung. In: Vester, M.; Teiwes-Kügler, C.; Lange-Vester, A.: Die neuen Arbeitnehmer. Hamburg, S. 31-51.
- Vester, M. 2004: Die Politik der Stagnation. Die Vertrauenskrise der Volksparteien und die Schieflagen sozialer Gerechtigkeit. In: Pöttker, H.; Meyer, T. (Hrsg.): Kritische Empirie. Lebenschancen in den Sozialwissenschaften. Wiebaden, S. 147-166.
- Vester, M. 1993: Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26-27, S. 1-19.
- Vester, M. u. a. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Völlig überarb., erw. u. aktual. Fassung. Frankfurt am Main.
- Vester, M. u.a. 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln.
- Vögele, W.; Bremer, H.; Vester, M. (Hrsg.) 2002: Soziale Milieus und Kirche. Würzburg.
- Vogel, B. 2008: Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer Ungleichheiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34, S. 12-18.
- Zapf, W. 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, W.; Zimmermann, H. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Bonn, S. 99-124.

Der Autor

Prof. Dr. Rainer Geißler
Universität Siegen
Fachbereich 1: Soziologie



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Wieder Wohlstand für alle – Politik für eine integrierte Arbeitsgesellschaft

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Mit der Ökologischen Industriepolitik zum ökologischen Strukturwandel

WISO direkt

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Europas unterschätzte Ungleichheit

WISO direkt

Steuerpolitik

Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“?

WISO direkt

Arbeitskreis Mittelstand

Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz – Förderungsgesetz für KMU?

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was die Verbraucherpolitik von der Verhaltensökonomie lernen kann

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was die Verbraucherpolitik wissen sollte – Handlungsfelder der Verbraucherborschung

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Eckpfeiler einer zukünftigen nachhaltigen Verkehrspolitik

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Hartz IV Regelsätze und gesellschaftliche Teilhabe – Das Urteil des BVerfG vom 9.2.2010 und seine Folgen

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Die psycho-sozialen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt

WISO direkt

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Perspektiven der Erwerbsarbeit: Facharbeit in Deutschland

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Die Mitbestimmung im Kontext europäischer Herausforderungen

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

**Arbeitsplatz Hochschule
Zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterforschung

Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso